

Erstein täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 80 Pf. vierteljährlich 1,80 Mk. halbjährlich 3,20 Mk. jährlich 6,00 Mk. Post und Porto 1,00 Mk. exkl. Beleggeld.

„Die Neue Welt“ (Anstaltungsvertrag), monatlich 10 Pf.

Verlags- und Anstalts-Redaktion: Nr. 398, Expedition: Nr. 1047, Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Volksblatt

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gelbten Zeilen oder deren Raum 30 Pfennig für anamirtige Anzeigen 25 Pfennig. Im Verhältnis zum Kellert hat die Seite 70 Pfennig.

Insertate alle die fällige Nummer müssen spätestens bis zum Montag halb 10 Uhr vor der Expedition ankommen.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Erkartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Part 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Part 42/43. Sprechstunde werktags 1/2—1/2 Uhr mittags.

Abgelehnt! Abgelehnt!

„Wanzenantfall“ des Trappistenbiods.

Der Reichstag süllet jetzt ein tolles Schauspiel auf, das bald die Empörung des aufwachenden Volkes wecken muß. Angehlich „beratet“ man die Reichsversicherungsordnung, in Wahrheit aber schwiegen die gesamten bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme einiger fortgeschrittlicher Abgeordneten) und lehnen ganz medianisch alle Anträge ab, die von den Sozialdemokraten im Interesse der Arbeiter gestellt werden. Der Trappistenbiod funktioniert.

Soweit sich die Mehrheit überhaupt an der Beratung beteiligte, geschah das, wie man uns aus dem Reichstage berichtet, in Form von lauten Preisgesprächen, durch die mit erschütternder Klarheit die Absichtungen unserer Fraktionsführer überblickt werden können. Die einschneidenden Bestimmungen, an denen das Wohl und Wehe unzähliger Arbeiter hängt, veranlassen die Mehrheit nicht, ihre Minder aufzutun, und noch summiert nach der Regierung. Bis 7 Uhr abends dauerte diese angebliche Beratung, in der etwa 30 Paragrafen „erlebt“ wurden. Die Paragrafen über die Wöchnerinnenbeihilfe wurden nicht zu Ende beraten. Die Mehrheit hatte den seltsamen Geschmack, auf die eingehenden und trefflichen Darlegungen des Genossen David durch einen ultramontanen Kleinmeister, namens Zil, antworten zu lassen.

Während in den meisten Fällen blieb bei den Bestimmungen, von denen eine namentlich nach unsere Fraktion (Hofier; bisweilen stimmten die Polen, manchmal einige Freisinnige, selten alle Freisinnigen, und nur in Ausnahmefällen, Freisinnige und Polen mit ihr. Immerhin soll anerkannt werden, daß in einigen Fällen selbst der sonst so reaktionäre Mughan für unsere Anträge sprach. Am besten ließen sich von den Freisinnigen der alte Kräger und Hegler. Auch David sprach an diesem Tage die Genossen Wolfenbüt, Koch, Due, Schmidt-Berlin, Seering, Böhre, Jubel, Wismer, Sachse, Klunge und Wolf.

Die Zunft fiel mit der Wanzenantfall der Mehrheit, wie sie Genosse Zil recht richtig bezeichnete, sehr zufrieden. Das Tempo der Durchspröhung geht ihnen schnell genug. Die Kreuzzeitung sagt:

Das Mittel, das den Erfolg der ersten beiden Tage herbeigeführt hat, bestand in der äußersten Selbstbeschränkung der Mehrheitspartei im Reden. Auch die Regierungsvorträge schlossen sich dieser Taktik an. So weiß die Mehrheit der beiden Tage fast nur Sozialdemokraten, die diese aber in auffallend großer Zahl auf. Diese Zurückhaltung ist den beteiligten Abgeordneten gewiß nicht leicht geworden. Es baugelte von Seiten der Sozialdemokratie in der üblichen Weise Entstellungen und verletzende Angriffe, deren Widerlegung sehr leicht gewesen wäre.

Ob die Widerlegung der sozialdemokratischen Angriffe wirklich so leicht gewesen wäre, wird wohl für ewige Zeiten strittig bleiben, da ja nicht einmal ein Versuch dazu gemacht worden ist. Aus der Darlegung der Kreuzzeitung geht aber unüberdächtig klar hervor, daß zu Zeit die sozialdemokratische Partei im Reichstage die einzige ist, die wirklich parlamentarische Arbeit leistet. Zu der Tätigkeit hingegen, die das Gros der bürgerlichen Abgeordneten zurzeit verrichtet, braucht man keine gelehrten Polistiker, jedes Vatassil Gardesfiskiere, das man zu diesem Zweck nach dem Reichstage kommandieren würde, könnte die Sache genau so gut machen. Man hört nicht, man redet nicht, man denkt nicht nach, man beschränkt sich darauf, bei den Bestimmungen aufzutreten oder sich zu bleiben. Heißt es „Antrag Abrecht und Genossen“, dann legt man sich und nimmt den Änderungsantrag nieder, ohne auch nur eine Änderung davon zu haben, was er eigentlich enthält. Das ist ein Stumpfsein, der im Laufe der Zeit den Wählern auf die Nerven fallen muß, und besonders die Arbeiterwähler werden aus der Interesselosigkeit, mit der die bürgerlichen Abgeordneten eine für die arbeitenden Massen so wichtige Materie behandeln, ihre Schliche ziehen. Die bürgerlichen Abgeordneten aber, für die heute das Wort gilt, „herr verzeihe ihnen, sie wissen nicht was sie tun“, werden sehr erwidern, wenn sie in den Wählerverhältnissen aus dem Munde sozialdemokratischer Gegner erfahren werden, gegen was alles sie sich in dem Reichstage abgeben!

Die Freunde der Zunft ist also verurteilt, sie läßt sich überhaupt nur aus dem Munde erklären, daß man beiden die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion noch nicht begriffen hat. Das Bemühen der Sozialdemokraten, ein den Volksinteressen entsprechendes Geses anzuführen zu bringen, wird sicher in den Massen überall die Anerkennung finden, die es verdient. Das Treiben der sich taubmachend hellenden widerletzten Mehrheit, die fribale Ablehnung aller notwendigen und selbstverständlichen Verbesserungen auch aber binnen kurzem zu einem entwürdigten Prolet der Massen führen. Die bürgerlichen Parteien differenzieren sich bis auf die Knochen, während die Sozialdemokratie bald genug die reife Ernte ihrer gewissenhaften und fleißigen Arbeitsskafte schneiden wird.

Die stumpfsinnig niedergeschrittenen Anträge der Sozialdemokraten registrieren wir auch heute wieder: Der Bundesrat bestimmt, wie weit vorübergehende Dienstleistungen versicherungsfrei sind. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Befreiung nur bei solchen

Dienstleistungen eintreten darf, die nicht über eine Woche hinausgehen. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Versicherungsfrei sind ferner die in Betrieben oder im Dienste des Reiches ufm. Beschäftigten, wenn ihnen gegen ihre „Arbeitgeber“ ein Anspruch zusteht, der den Mindestleistungen der Krankenkassen gleichwertig ist. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Befreiung nur dann eintreten darf, wenn den Beschäftigten die Jahressumme der Leistungen der Krankenkasse gewährt werden. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, die Befreiung der obersten Verwaltungsbefehle zu streichen, ferner solche Personen von der Versicherungspflicht zu befreien, die in Betrieben oder im Dienste nicht öffentlichen Arbeitgeberinnen oder als Lehrer und Erzieher an nichtöffentlichen Schulen oder Anstalten beschäftigt sind. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (ohne Hundtner, freil).

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß der nur noch zu einem geringen Teile arbeitsfähige Arbeiter von der Versicherungspflicht befreit wird. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß die Personen, die bei Arbeitslosigkeit in Arbeiterkolonien oder ähnlichen Wohltätigkeitsanstalten vorübergehend beschäftigt werden, und von der Versicherungspflicht befreit sind, wenigstens Krankenpflege, also Arzt und Medizin, im Falle einer Krankheit erhalten sollen. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Handlungsgehilfen und sonstigen Angestellten sowie die kleinen Innebesitzer auch dann der Versicherung freiwillig beitreten können, wenn ihr Jahreserkommen höher als zweifelhafte Mark ist. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Durch Satzung der Kasse kann das Recht zum Beitritt von einer bestimmten Altersgrenze und von der Vorlegung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses abhängig gemacht werden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Beschränkung nur für solche Personen zulässig ist, die nicht unmittelbar vorher einer anderen Krankenkasse angehört haben. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (ohne Polen).

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die von der Kommuniten getriebene Befreiung des Gemeindeverbandes und der Krankenkasse, das Recht zum freien Beitritt nach anderen Personen zu gewähren, wiederhergestellt wird. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten forderten, daß die haren Leistungen unter allen Umständen noch dem durchschnittlichen Tagesverdienst der Versicherten berechnet werden sollen (Grundlohn), so daß die im Entwurf vorgeschlagene geringere Bemessung des Geldes ausgeschlossen ist. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, nach der für die Landkrankenkassen noch geringeres Kranfengeld als für die Ortskrankenkassen gewährt werden kann, zu streichen. Das wurde

abgelehnt von den Kompromisspartei.

Die Sozialdemokraten forderten, daß den Kranken nicht nur die sogenannten „Leihen“, sondern alle Heil- und Hilfsmittel gewährt werden, die erforderlich sind, den Erfolg des Selbstverhaltens zu sichern oder die Nachteile der Kranken zu mindern. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten forderten, daß das Kranfengeld in der Höhe des vollen Grundlohnes gewährt und nicht, wie es in der Vorlage vorgeschrieben ist, auf den halben Betrag beschränkt wird. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten forderten, daß das Kranfengeld für jeden Tag und nicht nur für den Arbeitstag gewährt wird. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (ohne Träger und Hegler, freil).

Die Sozialdemokraten beantragten, daß das Kranfengeld nicht erst vom dritten Tage, sondern bereits vom ersten Tage ab gewährt wird. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Nachdem die vorstehenden Anträge abgelehnt waren, beantragten die Sozialdemokraten, daß das Kranfengeld wenigstens im Betrage von drei Vierteln des Arbeitsverdienstes statt des halben Verdienstes gewährt wird. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (ohne Polen und Kobl, lib.).

ursacht worden sind. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Krankenhausepflege gewährt werden muß (nicht nur fann), wenn sie nach dem Gutachten des behandelnden Arztes notwendig ist oder wenn der erwerbsfähige Kranke eigenen Haushalt nicht hat und die Krankenhausepflege verlangt. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Kasse eine Hauspflegerin stellen muß (nicht nur fann), wenn die Leiterin des Haushaltes erkrankt und durch ihre Erkrankung an der ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung des Haushaltes verhindert ist, und diese Stellung von der Kranken und deren Ehemann verlangt wird. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten verlangten, daß als Haushalt für die Kranken die Verhältnisse der in einem Krankenhause untergebracht sind, statt des halben Krankfengeldes drei Viertel des Befehles gewährt werden soll. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß die Kranfengeld gezahlt werden kann, wenn der Kranke mehreren Versicherungen angehört und aus diesen zusammen an Kranfengeld mehr als den vollen Betrag seines Arbeitsverdienstes erhält. Das wurde

abgelehnt von den Kompromisspartei.

Darauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens das Kranfengeld nicht mitgerechnet wird, auf das der Kranke keinen Arbeitsanspruch hat. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (ohne Polen und Wiesberis, Zent).

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Kasse wenigstens die Befreiung zuzurechnen soll, das Kranfengeld nicht bis auf drei Viertel, sondern bis auf den vollen Betrag des Grundlohns zu erhöhen. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß es der Krankenkasse wenigstens freigestellt werde, durch Statut das Kranfengeld unter allen Umständen bereits vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an zu gewähren und nicht nur bei solchen Krankheiten, die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Kranken, die sich ihre Krankheit durch eigene Schuld zugezogen haben, kann in gewissen Fällen das Kranfengeld ganz oder teilweise verjagt werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß dann, wenn diese Kranken Angehörige haben, deren Unterhalt sie ganz oder überwiegend bestritten haben, diese Angehörigen das Kranfengeld ausbezahlt werden muß. Das wurde

abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien (ohne Reumann-Kofer, freil).

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß die Krankenkasse ein Recht hat, ein es sich im Voraus für kleinere Heilmittel und zu einem Zuschuß zu kleineren Heilmitteln die Zustimmung des Oberverordnungsamtes haben müssen. Das wurde

abgelehnt von den Kompromisspartei.

Es ist zu bemerken, daß die Fortschrittler für den Antrag auf Zuerkennung des Wahlrechtes an die Frauen gestimmt haben.

Politische Ueberichten.

Halle a. S., den 9. Mai 1911.

Die ungefehligen Umzugsverbote.

Zeit acht Tagen tobt die Presse der regierenden preussischen Partei gegen die jüdische Regierung, weil sich diese unterstanden hat, am 1. Mai gesetzlich zu verfahren. Nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes darf die Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel oder zu öffentlichen Aufzügen „nur dann“ verjagt werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Die jüdische Regierung hat sich daher nicht in der Lage gefunden, den jüdischen Parteiangehörigen die Versammlungen zu verbieten zu können, ohne sich einer offenen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu machen. Sie hat die Umzüge genehmigt, und sie haben stattgefunden, ohne daß es dabei zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gekommen ist. In der ganzen Angelegenheit ist also von beiden Seiten innerhalb der gesetzlichen Grenzen verfahren worden.

Darüber sind die preussischen Junker nun außer sich vor Wut, sie beklüßigen in ihren Zeitungen die Dresdener Regierung der Begründung der Sozialdemokratie. Und da Herr v. Bröder erst am Sonntag wieder in Köln die Wöge schlingt, werden sich die jüdischen Minister nächstens wohl auch sagen lassen müssen, daß sie sich der Bestätigung des Reichsrats schuldig gemacht haben. Ganz besonders aber fassen sich die

namentlich fest, daß alle Vereinigungen dem gemeinen Recht unterliegen sollen. Die Vereinigungen sind verpflichtet, der Regierung alle drei Jahre eine Niedersicht über ihre Güter und Einkünfte einzureichen. Jede religiöse Vereinigung, sobald zu ihrer Gründung der Erlaßnis der Regierung; auch die Katholiken unterliegen dem gemeinen Recht. Die Staatsbeamten dürfen Vereinigungen nicht unter der Bedingung jedoch, daß durch die Vereinigung keine Stärkung des öffentlichen Dienstes hervorgerufen wird. Ausländer dürfen keine religiöse Vereinigung auf spanischem Boden gründen, ohne zuvor die Naturalisation erlangt zu haben. Ausländer dürfen an keiner politischen Vereinigung teilnehmen. Ebenso wird keine Vereinigung gestattet, von der mehr als ein Drittel Mitglieder aus Ausländern besteht, selbst wenn diese naturalisiert wären.

Eine Protestation.

Das republikanisch-sozialistische Komitee veranstaltete in ganz Spanien Versammlungen oder Kundgebungen zugunsten einer Reform des Militärstrafgesetzbuchs und einer Mobilisation der Arbeiter in Barcelona eingeschickten Prozesse, ferner zugunsten der Einführung des allgemeinen obligatorischen Militärdienstes und zum Protest gegen alle kriegerischen Unternehmungen der Regierung in Afrika. Die Versammlungen waren in den größeren Städten zahlreich besucht.

Portugal.

Konspirationen gegen die Republik.

Lissabon, 8. Mai. Während die bisher entdeckten Konspirationen sämtlich von Monarchisten ausgingen, wurden gegen zwei Republikaner, darunter der Kapitän Pereira, einer der Führer der Revolutionsbewegung, unter dem Verdacht, gegen die Republik konspiriert zu haben, verhaftet. Wie die republikanische Presse berichtet, war seit einiger Zeit schon von den Behörden bemerkt worden, daß eine große Konspiration gegen die junge Regierung von republikanischer Seite im Gange war. Der letzte Aufstand im Alentejo-Ardenal hatte angeblich den Zweck, den Ministerpräsidenten zu stürzen; die Republikaner wollten einen ihrer Freunde auf diesen Posten bringen. Die Verhaftung Pereira hat große Sensation hervorgerufen. Auch ein anderer einflussreicher Republikaner namens Alambogueira, wurde inhaftet. Die portugiesische Regierung setzt die Untersuchung dieser mysteriösen Angelegenheit fort.

In Santarem ist es zwischen liberalen Monarchisten und Republikanern wegen des Zernungsgeschicks zu einem schweren Zusammenstoß gekommen, wobei sieben Personen verwundet wurden. Das Militär schritt ein. Eine große Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

Persien.

Politische Wirren.

Infolge einer Hungersnot ist in Spanien ein Aufstand ausgebrochen. Eine Volksmenge zerbrach das Polizeibüro und das Stadamt und tötete ein Mitglied der Stadtverwaltung. Sie stürmte ferner das Haus des Gouverneurs, wurde jedoch zurückgeworfen. An dem Aufstand nahmen auch Soldaten und Matrosen teil. Die Bewegung trägt einen antikonstitutionellen, liberalen Charakter. Der russische Konsul hat von den Behörden gefordert, die Sicherheit der russischen Untertanen zu gewährleisten. Zwei Brüder, die Säugler einer angesehenen Familie in Schiras, die lokal verhaftet, jetzt aber wieder freigelassen worden waren und sich mit einer Eskorte auf dem Wege nach Rußland befanden, wurden dreißig Meilen von Schiras entfernt aus dem Hinterhalt überfallen. Einer von ihnen wurde getötet, das Schicksal des anderen ist unbekannt; man vermutet, daß er entkommen ist. Das Verbrechen wird dem Reichsgesamtvater zur Last gelegt, es dürfte unter den Matrosen die größte Erregung hervorgerufen.

Mexiko.

Das muß obdauern.

Der Gewaltmißbrauch ist doch endlich eingelehen zu haben, daß er geben muß, sollen wieder einigermassen geordnete Zustände im Lande entstehen. Er hat jetzt ein Paragraf der Friehe wieder hergestellt. An diese Bedingung geknüpft, sind das Verprechen so sehr nahe und steht einem schlaunen Trick des Diktators, von dem man sich alles zu versehen hat, verdammt ähnlich. Indessen, mag er aber doch wohl zu der Einsicht gekommen sein, daß es besser ist, er dann freiwillig ab, als daß er sich erst von den Insurgenten — davonjagen läßt. Die Verwirklichung des Entschlusses des Präsidenten Diaz, zurückzutreten, erfolgte in Extraktakt am Sonntag abend und erregte überall Jubel. Diaz hingelte keine Entscheidung in einer Verammlung des Kabinetts an. Er behält sich das Recht vor, nach seinem Urteil zu entscheiden, wenn der Friede tatsächlich wiederhergestellt ist. (H) — Abero befand sich bereits auf dem Vormarsch nach dem Süden gegen die Gemäßigten, als die Nachricht von Diaz' Antrittung eintraf. Abero kündigte an, er werde in einen neuen Waffenstillstand willigen, um die Friedensverhandlungen wieder aufnehmen. Auch in Washington glaubt man, daß der Friede in Mexiko gesichert sei.

Aus der Partei.

Die Stuttgarter Oberbürgermeister-Kandidatur.

Eine Erklärung.

Unser Stuttgarter Parteibüro Schwäbische Tagewacht

erklärt folgende Erklärung:
In unserer Parteipresse ist die Auffassung der Kandidatur Lindemann durch die Stuttgarter Parteiverammlung bereits lebhaft beprochen worden, was der Bedeutung des Ereignisses aus demnach entspricht. Einige dieser Äußerungen scheinen uns aber auf einer unrichtigen Auffassung des in der Tagewacht erschienenen Verlautbarungsbereichs zu beruhen. Der naturgemäß nur kurz und summarisch sein konnte. Wir wollen daher den Bericht heute inwiefern ergänzen, als nötig erscheint, um die Fortpflanzung dieser mißverständlichen Auffassungen unmöglich zu machen. An der Stuttgarter Parteiverammlung ist unterschieden worden zwischen Parteitagsschlüssen (nicht wie es irrtümlich im Bericht hieß: Parteibeschlüssen) und Beschlüssen der Organisation. Wie den Teilnehmern der Versammlung bekannt ist, besagte die Erklärung des Genossen Dr. Lindemann, daß die erste von der Parteipresse im Hinblick auf die Ausführung des Amtes nach ihrer Überzeugung, nicht im Wege stünden, während von ihm näher bezeichnete Beschlüsse der Stuttgarter Organisation vorliegen, die er als hindernd bezeichnen mußte. Wenn daraufhin nun die Parteiverammlung zu ihren bekannten Beschlüssen gekommen ist, so hat sie daher nicht, wie ein Parteibüro meint, ihre Beschlüsse überfordert, sondern sie hat sich darauf beschränkt, die einem Erfolg der Partei in diesem Falle entgegenstehenden Beschlüsse der eigenen Organisation auszuscheiden, was sie natürlich durchaus zuständig war. Der Wunsch des Kandidaten, der zu dieser Zeit der Parteiverammlung folgte, war, wie ein anderes Parteibüro treffend bemerkt, „genau umgekehrt und in der Sache begründet“.

In übrigen wird man es, wie wir glauben, in der ganzen Partei bezeugen, wenn wir es im gegenwärtigen Augenblick ablehnen. Dispositionen zu führen, die zwar kaum Schaden anrichten, aber auch keinen Nutzen bringen, um aber auf jeden Fall Raum und Zeit kosten würden, die im Kampf gegen die Gegner besser zu verwenden sind.
Das stimmt nicht ganz. Die Parteipresse der Partei haben große und gemischte Besorgnisse gegen die Kandidatur und die Art ihres Auftretens und verleben es nicht, daß man in der Tagewacht wohl Raum für lange Berichte aus kleinen Kreisvereinen, nicht aber Raum für einen umfassenden sachlichen Bericht über die so wichtige Aufstellungsverammlung hatte. Der Tagewachtbericht enthielt ja wohl die Beschlüsse. Aus diesen war und ist nicht zu entnehmen, welche Gründe die Versammlungsmehrheit hatte, um den Antrag der Parteileitung abzulehnen, in dem es ausdrücklich hieß, „daß der Kandidat die für jeden Genossen geltenden Parteitage- und Organisationsbeschlüsse grundsätzlich in der Art auch für sich als bindend zu erachten“ habe. Daß man den Genossen Lindemann nur von solchen Organisationsbeschlüssen (von welchen denn?) entbunden habe, wird eigentümlich illustriert durch den Leitartikel derselben Nummer der Tagewacht, in der die Erklärung steht. Der Artikel will den Vorwurf der Bürgerlichen, die Kandidatur Phönomen sei „eine Parteikandidatur“, richtig bezeichnen und schließt mit den Sätzen:

„Ebenjowenig darf die parteipolitische Überzeugung zu parteipolitischen Einzelinteressen ausarten. Insbesondere für den Stadtverwandten von dem ein nicht kleines Maß von Objektivität des Urteils erwartet werden muß, gilt diese Forderung. Diese Grundzüge hat aber die Sozialdemokratie immer anerkannt und, um ihrem Kandidaten die Möglichkeit zu seiner erforderlichen Objektivität zu geben, hat die Parteiverammlung, als sie sich für eine eigene Kandidatur entschied, den bekannten Beschlüsse gefaßt. Aus allen den angeführten Erwägungen ist also die sozialdemokratische Kandidatur hervorgegangen und so muß sie auch verstanden werden.“
Die von uns fest gebrauchten Sätze sind nicht als eigentümlich, aber als Folge der ganzen Erwägung sehr bezeichnend. Sie unterstellen, daß ein Sozialdemokrat, der sich an Parteibeschlüsse hätte halten, nicht objektiv in seiner Verwaltung könne, daß er die erforderliche Objektivität erst durch Freimachung von den Parteibeschlüssen erlangen könne. Und noch schlimmer ist, daß die Wähler darauf anmerksam gemacht werden. Dr. Lindemann sei jetzt „objektiv“ gemacht. Aber die Partei trägt die Verantwortung für sein Handeln!

Genossin Rosa Luxemburg schreibt der Leipziger Volkszeitung:
Die Mehrzahl der Parteigenossen im Reich, — ganz gleich, welcher engeren Parteiverzweigung ihre Sympathien gehören mögen — wird sich angefangen der Vorgänge in Stuttgart des höchsten Gefühls nicht erwehren, daß die Sozialdemokratie hier auf Wege geführt werden soll, die ihre ernste Gefahren und Verlegenheiten bringen können.

Zunächst geht es bis jetzt in der deutschen Sozialdemokratie als Grundsatz, daß wir, geführt auf die klassenbewußten Arbeitermassen, nur solche Posten im Staate belegen, auf denen wir den Klassenkampf des Proletariats führen, auf denen wir im Sinne des sozialistischen Programms wirken können.

Die Übernahme von Posten, die ihrer Natur nach im bürgerlichen Staate von vornherein die Tätigkeit im Sinne des sozialdemokratischen Programms ausschließen, ist von unserer Partei seit jeher abgelehnt und beurteilt worden. Von diesem Standpunkt erklärte sich die deutsche Partei auf den internationalen Kongressen auch klar und unerschütterlich gegen das Witterandische Experiment.

Daß der Posten eines Oberbürgermeisters nicht geschaffen ist, um zum Klassenkampf des Proletariats und zur Wirkung im Sinne des sozialdemokratischen Programms zu dienen, ist von vornherein klar. Wird deshalb ein solcher Posten von einem Sozialdemokraten übernommen, so muß dieser — und mag er persönlich noch so sehr und prinzipientreu sein — in eine solche Position geraten. Er kann nicht als Sozialdemokrat wirken, die Partei aber ist dann in ihrer Kritik dem eigenen Mitglied gegenüber selbstverständlich gebunden. Dazu kommt noch der wesentliche Einfluß des Oberbürgermeisters auf Festlegung von Posten und Stellen privater Natur, der sehr leicht zu einer Ausdehnung der Korruption in der Partei werden kann. Auch hier bildet das Witterandische Experiment ein deutliches und schmerzhaftes Beispiel. Rechtlich kann die Tätigkeit des Oberbürgermeisters fortwährend oder reaktionär sein, die Entscheidungsbefugnisse des Gemeinwesens fördern und nützlich oder hinderlich und schließlich, den Interessen der Arbeiterbevölkerung und ihren Forderungen mehr oder weniger Rechnung tragen. Es ist deshalb für die Arbeiterklasse durchaus nicht gleichgültig, wer den Oberbürgermeisterposten besetzt. Und hat die Sozialdemokratie dann ihren numerischen Einfluß in der Stadt die Möglichkeit, ihre Stimmen und ihren Einfluß in die Wahlkassen zu werfen, so wäre es höchst fälschlich, von der eigenen Macht nicht Gebrauch zu machen und die Parteiverammlung dem Bestreben der bürgerlichen Partei abzuweichen zu überlassen. Die Sozialdemokratie muß, wo sie irgend kann, ihren Einfluß geltend machen, und bezieht es sich für sie aus prinzipiellen und tatsächlichen Gründen, selbst einen Posten zu übernehmen, so bleibt ihr immer noch die volle Möglichkeit, seine Besetzung durch einen geeigneten Mann aus bürgerlichen Kreisen zu verhindern. Sätten die Parteipresse in Stuttgart einen ähnlichen Versuch als ihren Kandidaten unternommen und ihn dabei ein bestimmte Resultat erlangt, dann wären die Interessen der Arbeiterbevölkerung in positiver Weise auf ihre Rechnung gekommen, und es wäre eine klare, ungeschwehene Sache geworden. Sätt sich dann der gewählte Oberbürgermeister an seine Zustellungen, um so besser für die Stadt und die proletarische Bevölkerung. Sätt er sich daran nicht oder in ungenügender Weise, so ist die Sozialdemokratie damit nicht Kompromittiert, und jedensfalls behält sie sich die Möglichkeit, die freie Hand in der weitgehenden Kritik gegenüber der Tätigkeit des Oberbürgermeisters. Diese Kritik ist bereits von unserer Partei mit Erfolg angewendet worden. Bis vor vier Jahren im Genossen in Stuttgart die Möglichkeit, ihre Stimmen und ihren Einfluß in die Wahlkassen zu werfen, die Möglichkeit, den Parteimeister zu bestimmen hatten, haben sie sich wohl nicht, das gewagte Experiment der Stuttgarter Genossen auszuüben. Sie haben vielmehr den freimütigen Direktor des städtischen Amtes zu Staatsberg, Dr. Dull, so ihrem Kandidaten gemacht und ihm den Posten auch übertragen. Der Wahlmißbrauch ist zwar in diesem Falle ein anderer, da in Offensicht die Gemeindeführer, sondern die Stadtverordneten der Bürgermeister wählen; doch ändert das nichts an dem Kernpunkt der Frage.

Dies die allgemeine prinzipielle Seite des Problems. Innerhalb aber, wie man auch über die Sache selbst denkt, so viel in klar, es handelt sich um ein völlig neues Experiment, um in noch nicht beleuchteten und unversprochenen Gebiet der sozialdemokratischen Politik. Und da dürfte jeder Genosse der Meinung zustimmen, daß man so wichtige Probleme nicht auf eigene Faust in einer Stadt entscheiden, ohne der Partei im ganzen Gelegenheit zu geben, sich über die Sache zu äußern. Wir sind eine demokratische Partei in der die Auffassung der Mehrheit der großen Masse der Genossen in jeder wichtigen Frage entscheidend ist. Über die Frage, ob wir Oberbürgermeisterposten belegen und wenn ja, an welche Bedingungen dies geknüpft ist, darüber zu entscheiden, wird offenbar vor allem die Verteilung der deutschen Sozialdemokratie befragen, nachdem in einer gewissen Ausdehnung und in der Parteipresse die meiste Kritik der Partei Stellung haben nehmen können. Was der Fall bringend und lag kein entsprechender Beschluß des Parteitag, so, so war es unseres Erachtens Pflicht der Stuttgarter Genossen, zum mindesten sich in der ungenügenden Situation mit dem Parteivorstand in Verbindung zu setzen, um so indirekt mit der Gesamtpartei Rührung zu nehmen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Illustration, Parteinarbeiten Paul Senz, für Ausland, Gewerkschaftliches, Revolution und Vermischtes Karl Wok, Lokales Wilhelm Koenen, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. Haspeler, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Zentral-Bibliothek.

Ausgabezeiten: Dienstags, Donnerstags abends 8-9 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr.

Jasmatzi-CIGARETTEN



Wohnungs-Einrichtungen

in nur folgender Ausführung
 Nr. 400 500 600 700 800 etc.
 empfiehlt

G. Schafble,
 Gr. eigne Werkstätten,
 Gr. Märkerstr. 26.
 Kataloge gratis und franco.

Batist- u. Tüll-Korsetten
 von 3.25 an

Büstenhalter, Leibhalter
 von 2.50 an

empfiehlt
Bernh. Kaeni,
 Schmeerstrasse 2.

Spargelplatten,
 wunderliche Neuheiten.
C. F. Ritter G. m. b. H.
 Lipzigerstrasse 90.

Bandwurm mit Tropfen
 2 Tropfen in jeder 24 Stunden

Bestehende Nuten habe ich gemacht, um den Fingerring zu verengen, um sie zu weiden, aber alles vergeblich. Ich habe mich bemüht, die Nuten zu weiden, aber es ist nicht möglich. Ich habe mich bemüht, die Nuten zu weiden, aber es ist nicht möglich. Ich habe mich bemüht, die Nuten zu weiden, aber es ist nicht möglich.

Bettmatten.
 Befreiung garant. Auskunft umsonst. Alt u. Geschl. angeh. B. Schoene & Co., Frankfurt a. M. 372.

Krauter- u. Altheebonbons
 gegen Husten u. Nervenreiz empfiehlt
Alb. Hamppe, Mitglied des R.-Sp.-V.

Richard Flemming,
 Halle a. S., Schmeerstr. 22.
Optische Anstalt.
 Große Auswahl, billige Preise.

Himbeersaft
 mit feinsten Rohstoffen eingeführt.
 v. Brand 50 Stk., bei 5 Stk. 10 Stk. 45 Pf., empfiehlt
Carl Boock, Breitestr. 1
 und Markt, Hotel Zurm 12.

Kinder-Wagen!

Kinder - Wagen

Korb - Geflecht,
 neueste Muster und Fasson, Stoff u. Leder-Tuch-Anschlag, abnehmbar. Verdeck, verstellte Sturmstange, mit und ohne starke Gummiräder und Porzellangriff
zu bekannten Original-Preisen.

Knapp- Fahrstühle

Verstellbare Rückenlehne, Schuttbrett, verstellbarer Fußtritt, mit und ohne starke Gummiräder
 24.50 5.50 14.00
 19.50 9.50
 mit verstellbarem Sommerzelt 3.95 mehr.

Unsere diesjährige Wagen-Anstellung weist eine Fülle von Probe-Exemplaren erstklassiger Fabriken auf. Wir haben neben unseren vorzüglich bewährten Marken das Fabrikat einer Firma aufgenommen, deren Weltruf in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannt ist.



Die Beschäftigung unserer Wagen-Ausstellung ist für jeden lohnend und von größtem Interesse. Man prüfe Preise und Qualitäten. Kein Kaufzwang.

Kasten - Wagen

Ledertuch-Anschlag, abnehmbares Verdeck, verstellte Sturmstange, starke Gummiräder, Porzellan-Griff, mit und ohne Fußbremse und Kleiderschützer
75⁰⁰ bis 28⁵⁰

Sport - Wagen

in allen Ausführungen, Fabrikate erster Häuser
zu bekannten Original-Preisen.

Sitz- und Liege-Wagen

verstellbare Sturmstange, mit und ohne Gummiräder und Porzellangriff
48⁰⁰ bis 29⁵⁰

Leopold Nussbaum

Grand Prix
 Welt-Ausstellung in Brüssel 1910



„Smith Premier“
 die einzige Schreibmaschine mit deutscher Tastatur.
Grand Prix Paris 1900.
 „Smith Premier“ ist die einzige Schreibmaschine, welche den Grand Prix sowohl Paris 1900 als Brüssel 1910 erhielt.

Smith Premier Typewriter Co.,
 Berlin W., Friedrichstrasse 62.

Vertreter: **Paul Krimmling,**
 HALLE a. S., Königstrasse 20.

Makulatur

zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**

Ziehung bereits 22. u. 23. Mai 1911.

21. Magdeburger Pferde-Verlosung.
— Günstigste 1 Mark-Lotterie. —
2390 Gewinne im Werte von M. 57000
 1 Equip. m. 2 Pferden M. 6000 30 Fahräder M. 5000
 1 Equip. m. 2 Pferden M. 4000 12 silb. Best. à 50 M. M. 1088
 1 Equip. m. 2 Pferden M. 3000 100 silb. Best. à 15 M. M. 1500
 1 Staltw. m. 1 Pferd M. 2000 550 silb. Esslöffel à 1 M. M. 4400
 20 Pferde M. 22000 1584 silb. Löffel à 5 M. M. 7920
 sind zu haben, von die bekannten Plakate aushängen.
Lose à 1 Mk.

Nähmaschinen
 aller Systeme, f. Fabrikat, in jeder Preislage
 kauft man billig im Spezialgeschäft.
 Auf Wunsch günstige Teilzahlung bei längerer Anzahlung.
Reparaturen schnell und billigst.
Karl Möller, Wilsdrufferstr. 92.
 am neuen Amtsgericht.

Rucksäcke jeder Art
 für Damen, Herren und Kinder.
C. F. Ritter G. m. b. H.
 Leipzigerstrasse 90.

Möbeltransporte jeder Art
 R. Wehmann, Bernhardsstr. 45.
 ✕ Beste (sogar) Bekleid- und
 ✕ Wäsche, sehr billig, an best.
 ✕ Schmeerstr. 13. II. B. 1-2 Uhr.

Speisen Sie im Gasthof 3 Könige

kleine Hausstraße 7.
H. Böhlerts Rossländerei
 Zeiligerstraße 78,
 Glanzerstraße 75
 dicht an der Glanzerhöfen Straße
 und kleine Weichstraße 8.
 empfiehlt diese Woche in bekannter Güte:
frische Fleisch- und Wurstwaren.

Solide Familien
 erhalten sämtliche **Wäsgereiften, Gardinen, Kleiderstoffe, Blusen, Kinderkleider, Ausstattungs u.** in nur reeller Weise, auch auf **Teilzahlung**
 bei F. Zeman, Wilsdrufferstr. 16
 Wäsgereiften u. Verlags-Geschäft.

Mersburg, Karl Bönicke
 Johannstr. 16.
Tischlerei, Sargmagazin.
 Ausserst billige Preise.

Wanzen-Finctor
 Radikalmittel gegen Wanzen u. deren Brut
 Flasche 50 Pf. u. 1 Mk.
 allein echt bei **Max Rädler,**
 nur Rannischestrasse 2,
 Ecke Störstrasse.

„Ich war am ganzen Leibe mit **Flechten** befallen, welche mich durch das ewige Jucken Tag und Nacht peinigten. Nach kaum 14 Tagen hat **Dr. Rüdiger** meine Flechten mit seiner **Wanzen-Finctor** beseitigt. Diese Creme ist nicht 1.50 Mk., sondern 100 Mk. wert. **Serg. W.** a. St. 50 Pf. (15/10) u. 1.50 Mk. (25/10), hübsche Form. Dazu **Singee-Kreuz** (nicht teilend und nicht) 25 Pf. u. 2 Mk. In allen Apotheken, Droger., u. Parf. erhaltlich.
Wanzen-Finctor gut gerichtet, in rot. 50 Pf. oder grün. **Kleiderstoffe** 24, 26, 30-75, 75-90 M. **Veritimus** 35, 38, 50-75 M. **Moynitie, Eteu** und **Wäsgereiften** 17-24 M. **Wäsgereiften** in **Wäsgereiften** 15 bis 20 M. **Beuerichte Bettdecken** u. **Wäsgereiften** 40-50 M. **Wäsgereiften**, **besten** billig **M. Jungblut**, jetzt **Altenstr. 37**, nahe **G. Friedrichstr.**

Achtung, Beesen!
 Den geübten Einwohnern von Beesen wird zur Kenntnis, daß ich eine neue, gut ständige **Drehrolle** aufgestellt habe, und bitte höflich um fleißige Benutzung derselben.
 Hochachtung
Hermann Seidel,
 Beesen a. E., Schillstr. 13.
Grudeofen verkauft billig
 Steinweg 50.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Abzahnungsgeschäfte H. Thiele, Göbenstr. 1. p.	Biernere Oefen Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. P. Lindenbahn, Königstr. 8.	Brauereien F. Günther, Halle a. S.	Baus- und Küchengeräte K. Luckenburg, Rannischestr. 12.	Kolonialwaren H. Ackermann, Mersburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26.	Schneiderlei-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7.	Bräutchen, Kohlen Richard Wolf, verlag. Königstr.	Heizungsmaschinen Friedrich Bock, Schmeerstr. 16.	Spezialtransport O. Kästner & Co., Brunoswarte 36. W. Müller, Brunnenstr. 53.	Weiss-Woll-Tapisserie Franz Banne, Lindenstr. 56.
Drögen und Farben M. Rädler, Rannischestr. 2. Fritz Rast jun., Triftstrasse 29.	Fleischermaschinen, Wurstfabriken J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kunze, Burgstr. 59.	Ein- u. Verkaufsgeschäfte F. Henneke, Kl. Ulrichstr. 15.	Hüte und Mützen Friedrich Flöter, Geiststr. 23.	Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geiststr. 23.	Uhren- u. Goldwaren Grosse Klausstr. 23. Friedrich Hofmann, Leipzigerstr. 44. Albert Honacke, Gr. Steinstr. 62 A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Weiss, Kleinschmieden 6.	Erbsen, Kohlen Richard Wolf, verlag. Königstr.	Kartongesen W. Schnell, Wuchlerstr. 40.	Möbel-Magazine Wund. Magasin, Tischlerstr. 50.	Zigarrenhandlungen F. Goldmann, Königstrasse 86. Schubert, William, Zigarren und Schularikol, Lauchstädterstr. 15. Julius Wiedemann, Schmeerstr. 4.
Essen- und Stahlwaren P. Lindenbahn, Königstr. 8.	Kaufhäuser H. Elkan, Leipzigerstr. 87. Bekleid.-Gegeos. j. Art.	Essen- und Stahlwaren P. Lindenbahn, Königstr. 8.	Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.	Photographische Ateliers Richard Schröder, Steinweg 17.	Wäsgereiften M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.	Essen- und Stahlwaren P. Lindenbahn, Königstr. 8.	Handleiterwagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Sellmann, Mersburgerstr. 16.	Wäsgereiften M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.	Attendorf. Sanitäts-Drogerie, Inh.: Hch. Günth Attendorf, Haderwall Hallestr. 65. - Hauptstr. 20. A. Hermann, Urmacher. O. Probsthain, Betsf.-Bein.-Aust. W. Wüschler, Schuhwaren.

Für die Inserate verantwortlich: Red. Zingst. - Druck der Halle'schen Anzeigen-Anstalt (G. m. b. H.) - Verleger: Hermann Zingst, Halle a. S. - Erscheint wöchentlich dreimal.



Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 9. Mai 1911.

Vorbereitungsamt für die Reichstagswahl.

Die Reichsvereinerordnung soll anheimend das Zugglied der haarschaltenden Parteien für die kommende Reichstagswahl werden und nebenher will man sich verfolgen, die Finanzreform als nächstes und erfolgreiches Mittel zur Geländung der Reichsvereinerordnung anzusehen. Nach dieser Barre befindet die Halle die Leitung sehr schon sehr infamistisch. Fortgesetzt bringt die Lokalartikel auf die Reichsvereinerordnung und die Reichsvereinerordnung, jedoch für die Reichsvereinerordnung insgesamt, als auch für die einzelnen Steuererträge, für die die Schuld den Bürgern nicht ganz mit Unrecht aufzuwerfen soll. Auch gefahren werden sie wieder für jedes ein paar fenscheinbare Beispiele. So gibt es kurz und knapp die Tendenz, in der die Reichsvereinerordnung bei der Wahl ausgenutzt werden soll, in folgenden Sätzen zu erkennen:

Es ist in schon wiederholt ausgeführt, daß die dem Reichsvereinerordnung und den der am meisten durchbereitete Reichsvereinerordnung für die Arbeiter eine große Menge von Vorteilen bringt. Aber die Sozialdemokratie wehrt sich gegen sie, weil sie der drückenden Herrschaft der Sozialdemokratie in und durch die Reichsvereinerordnung entgegensteht. Und so werden nun denn das ist ein Schicksal über, ein der Arbeiter durch den größten Nutzen bringenden Werke mit allen — erlauben oder unerlauben — Mitteln im Reichsvereinerordnung einengesen.

Wenn man diese unebenbürtigen Verordnungen der Lasten in diesen Tagen liest, in denen im Reichstag die Mehrheit im Handlungsbereich der Reichsvereinerordnung umbringt, dann kommt man ab der Freiheit, die solche Tage für den Arbeiter und den Arbeiter sein Mittel findet genug und sein Schwindel groß genug, um die Bevölkerung zu küssen. Wir empfehlen unseren Genossen dringend, angeht dies Reichstagsverhandlungen dieser Tage genau zu verfolgen und sich den Parteien des geringen Volksstandes, sowie ähnliche noch folgende Zusammenstellungen über die Bewegungen der Reichsvereinerordnung unserer Genossen im Reichstag auf zu bewahren. Man muß sich ganz energisch rufen, um jedem Anwurf der fälschlichen Gegner mit zehn Beweisen für die verbrecherische Abmahnung der fälschlichen Verdienste der Sozialdemokratie entgegenzutreten zu können.

Manz Abich vertritt man mit der Reichsvereinerordnung. Die Halle die vertritt in den letzten Tagen vertritt, daß die Reichsvereinerordnung durch Statistiken Aufführung sich selbst über die Beherrschung der einzelnen Bevölkerungsfreie. Natürlich sollen diese Statistiken zu ausfallen, daß die Jener für politische Geschäft damit machen können. Ein andermal wird verlangt, die Reichsvereinerordnung die Gehälter der Reichsvereinerordnung die letzte Lebensjahr Lebenserwartung nachweisen. Mit diesem löblichen Streben hat man nun aber einen niedlichen Reizfall erlebt, die Halle die nun nämlich gefahren nach einer lachlichen Berechnung selbst vorwärts geben.

Daß die neuen Zölle und Steuern — betragenden Gesamtjahr noch nicht die Beträge — nach — haben die man für ein Jahr, obwohl einer sich in einer Entwicklung befinden, die jenseit Ziel nicht mehr sein ist.

Das heißt auf gut Deutsch: Die Steuererträge, die zur Deckung des Defizits nötig sind, hat man auch durch die letzte Finanzreform noch nicht herbeizubekommen. Die notwendige Folge muß sein: eine erneute Steuerreform. Das heißt: neue Steuern beschließen auf Kosten des Volkes. Das Eingehändnis gilt es sich gegenüber allen anderen Schwindelverfahren zu merken.

Der Reichsvereinerordnung gegen die Sozialdemokratie ist natürlich auch ganz im Sinne der Reichsvereinerordnung. Vor einigen Tagen machte er wieder eine Seite seiner beständig flugschillernden hinaus. In der einen erzählt er dem deutschen Volk ein schönes Märchen vom Leben der Reichsvereinerordnung. Ein anderes Blatt bringt ein liebliches Märchen von dem deutschen Reiches Herrschaft. In dem, die das Gemisch lernen wollen, ist dann noch ein Märchen vom hohen Streifenführer und ein von dem garstigen Sozialdemokraten mit der Meise: beiseite. In dem letzteren heißt es am Schluß: Kein Brauer, Deutscher läßt seinen Kaiser im Stid! Der Reichsvereinerordnung kann über sein, mit solchen Märchen hilft er uns, den vaterländischen Gefühlen, mehr, als er uns schaden kann mit seinen Märchen.

Der „Ober-Inspektor“ und sein Vertrag.

Einem Vertrag, der mit den alten Seiten nicht in Einklang zu bringen ist, daß der hohen Ober-Inspektor, der Schlemann in Gegenwart mit der hohen Ober-Inspektor, der Schlemann, der Reichsvereinerordnung, Halle a. S., den 9. Mai 1911. Wir haben und fähig wiederholt mit der Gesellschaft beauftragt und nachweisen, wie der höchsten und höchsten Beamten ganz enorme Gehälter und Entnahmen, den unteren Angestellten aber wahre Hungerlöhne gezahlt werden. Der Schlemann, der den schmutzigen Titel Ober-Inspektor trug, klagte vor dem Kaufmannsgericht gegen die Gesellschaft wegen Veruntreuung eines Betrages von 750 Mark. Weiter beschwerte er sich über aber den mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag. Er sei für die Gesellschaft drei Monate, vom Dezember d. J. bis 28. Februar d. N. tätig gewesen, ohne auch ein einziger Pfennig auf seine Rechnung zu kommen. Er habe, was allerdings die besagte Gesellschaft angeht, drei Monate für die Gesellschaft gearbeitet, ohne einen Pfennig Gehalt oder Lohn zu bekommen. Er war verpflichtet, seine Beziehungen auf die Vermittlung „Lebens-, Renten-, Sterbegeld-, Kinder- und Kindererwerbs-, Versicherungs- zu richten, Renten zu werben und seine Aufgabe mit „Gemeinschaftlichkeit und Eifer“ auszuführen. — Für eine andere Gesellschaft durfte er nebenbei nicht arbeiten; nach dem Betrage durfte er überhaupt keinerlei Nebengeschäfte betreiben. Es war ihm ein Monatsgehalt von 125 Mark „zugeliefert“ worden — aber nur unter der im § 5 des Vertrages festgelegten Voraussetzung, daß er monatlich mindestens für 15000 Mark Versicherungsbeiträge absetzt. Nur jedes an diesen Betrag fehlende „Tausend Versicherungssumme“ sollten 833 Mark vom Gehalt gekürzt werden. — Also genau gerechnet, würde der Herr Ober-Inspektor gar kein Versicherungs- in einem Monat absetzen, dann würde er noch 15000 Mark Abzug von 833 Mark von dem monatlichen Gehalt von 125 Mark, sage und schreie ein Monatsgehalt von 5 Pfennigen erhalten. — In § 4 des Vertrages heißt es: Für die Zeit der Tätigkeit an seinem Wohnorte sowie in den Orten der Umgegend bis zu einer Entfernung von 10 km erhält der Oberinspektor seine Diäten. Am 8. des Vertrages befindet sich aber ein herrlicher Aßer: Dieser Herr Schlemann während der ersten vier Vertragsmonate soll im § 5 vorgegebene Beträge von zusammen 3000 Mark verletzter Versicherungssumme oder einer entsprechenden Leistung in den anderen Branchen, so erhält er im dritten Monat ein Gehalt von 150 Mark. Bei einer Leistung von 6000 Mark Versicherungssumme in den ersten drei Vertragsmonaten sollen sich vom vierten

Monat ab die Diäten für Tage mit Überarbeiten auf 10 Mark, für Tage ohne Überarbeiten auf 8 Mark pro Tag stellen. Der besagte Oberinspektor klagte es aber trotz seines Fleißes nur dahin, daß er zunächst 750 Mark einzulagern hatte. Nach dem bedeutlichen Betrage, den er selbst untergebracht hatte, erschien es vor dem Kaufmannsgericht ausgeschlossen, mehr von der Innung-Gesellschaft herauszubekommen, wenn nicht der Vertrag für rechts-unzulässig erklärt würde. Dafür kam es aber nicht, weil der Vertreter der Gesellschaft es schließlich vorzog, sich auf einen Vergleich einzulassen. Gestand gemacht wurde zunächst seitens des Vertreters der Innung, daß das Kaufmannsgericht in dem Falle nicht zuständig sei, da Kläger, ein Oberinspektor, als selbständiger Kaufmann anzusehen sei. Durch den Vergleich kam es aber weder zu einer Preisverteilung noch zu einer klaren Entscheidung. Die Kaufmannsamt soll dem Kläger 750 Mark und letzterer verzichtet auf alle weiteren Forderungen. — Mit welcher peinlichen Sorgfalt die Gesellschaft ihr Vertragsmaterial überträgt, ergibt sich aus einem Blatt des 6. d. heißt es:

„Der ... verpflichtet sich zu Ehrenwort, alle mündlichen, schriftlichen und gedruckten Instruktionen als Geschäftsgeheimnis zu behandeln und bei etwaiger Aufklärung des Vertragsverhältnisses alles in seinem Besitze befindliche Material der Gesellschaft auf die erste Aufforderung hin nach Verfügung der Direktion oder der zuständigen Geschäftsstelle zurückzugeben.“

Könnte das Vertragsverhältnis mancher Versicherungsangehöriger noch Gehalt bedeutet werden, so würde es noch mancher weitere die Kaufmannsamt soll dem Kläger 750 Mark und letzterer verzichtet auf alle weiteren Forderungen. — Mit welcher peinlichen Sorgfalt die Gesellschaft ihr Vertragsmaterial überträgt, ergibt sich aus einem Blatt des 6. d. heißt es:

Streitkräfte-Interim in der Saalezeitung.

In der Arbeiter Zeitung sind bekanntlich in voriger Woche sämtliche Redaktionsmitglieder in den Streit getreten, um eine kleine Erhöhung ihrer 2,70 bis 3.— Mark streikenden Löhne zu erreichen. Hierin teilten wir dazu noch unter Annahme mit, daß die Direktion den übrigen Arbeitern, weil sie nicht die Arbeit der Redaktionsmitglieder übernehmen wollen, gefällig hat. Gleichzeitig erforderte sich die Saalezeitung, des national-mitteilbaren Organ, den Internen, die einige hundert Mann reichlich auf die Straße werfen wollen, zu Hilfe zu kommen, indem sie Streikbrecher für sie sucht.

So wird's gemacht von vielen liberalen Schmierfinken: erst helfen sie den Kräften die Arbeiter, die die Lebenshaltung ihrer Familien aufrechten wollen, niedertrampeln und dann arrangieren sie einen Blumentisch für die lebenden Rinder, der so Geschiedenen und wenn man dieses beschäufliche Treiben erblickt und brandmarkt, dann weinen sie und greinen sie über die bösen, zehrenden, zehrenden Sozialdemokraten. Wahrscheinlich, ein edles Treiben.

Der Reichstag des Jahres ist neuerdings durch den Oberinspektor

einigen Veränderungen unterworfen worden, die im Interim geführt haben, da die früher schon von der höchsten Polizeiverwaltung erlassene Verordnung als überholt erklärt worden ist. Die neue, am 26. Januar d. J. erlassene Ober-Inspektorverordnung hat auch bereits die Fiktivierung des Kommerzienrats gefunden. Die Kommerzienratverordnungen sind nunmehr in den Reichstag gekommen sind, weil die Fiktivierung der Kommerzienratverordnungen durch die Reichsvereinerordnung zurückgeführt worden ist. Die Reichsvereinerordnung betreiben aber durch die Ober-Inspektorverordnung fort. Danach müssen Kinderverordnungen durch ein deutsches Parlament am Eingang des Reiches fiktiviert werden und andere Bestimmungen dürfen von Reichsvereinerordnung unter 16 Jahren nur in Abschlüssen Erwerbsfähiger befreit werden. Gelegentlich einer am 16. März in einem Kino stattgefundenen politischen Session, wurde bei der Kinderverordnungen das übliche Plakat vermisst, und dann wurde entdeckt, daß unter der Anwesenheit von Kindern nichtgehörig Kinder, Achtung! Liebe und dem Reich der Theater, der am genannten Tage nicht anwesend war, aber doch für die Vorbereitungen verantwortlich ist, glaubte die in Frage kommende Verordnung ansetzen zu können, da sich in die Verordnung ein Fehler eingeschlichen habe. Nach dem Gesetz können gewisse Bestimmungen nur für Kinder im Alter bis 14 Jahren angesetzt werden. Der gegen den Befehl des Theaters erlassene Straßverbot wurde aber vom Schöffengericht beseitigt, da die Polizei berechtigt sei in den Kinematographentheater Jentur auszuweisen.

Die Eltern sollten sich aber nicht auf diese polizeiliche Jentur so sehr verlassen, sondern selbst darauf achten, was für Bildwerke ihre Kinder in den Kinosen von den Geschäftsführern vorgelegt werden.

* Anerkennung sozialdemokratischer Gemeindefürer. Über den unlängst verstorbenen Genossen W o r g a n n, dem langjährigen Mitglied der Berliner Stadtdemokratenversammlung, bringt die Wädoburgische Zeitung, das Hauptorgan des Deutschen Arbeitervereins, in ihrer neuesten Nummer dem Verstorbenen folgenden ehrenden Nachruf:

„Am 16. April starb der sozialdemokratische Stadtdemokraten Hermann W o r g a n n im 66. Lebensjahre. Er war fast in allen Aufstellungen der Arbeiter Partei Funktionär; wenn er das Wort nahm, so konnte man gewiß sein, eine gründlich vorbereitete, mit innerer Wärme vorgetragene Rede zu hören, mochte es sich nun um die unentgeltliche Lieferung von Kerzen, um die Schaffung einer, um die Verbreiterung einer oder um sonst was handeln. Ganz besonders interessiert ihn alles, was die Gesundheit des Volkes und der Jugend berührte, und so hat er sich auf den uns nabeliegenen Gebieten besonders um die Förderung des Turn- und Gadeswesens, um die Speisung armer Kinder und um das Jugendheil und die Ferienpflege verdient gemacht.“

Dieses vernünftige Urteil eines weit rechtsstehenden pädagogischen Fachblattes mögen sich die faden Schmäher hinter die gekehrten Ohren schieben, die immer von der „unfruchtbaren, negativen Arbeit“ der Sozialdemokratie in den öffentlichen Körperlichkeiten schwafeln.

* Ein Vernehmlich soll am 16. Juni d. J. auf Veranlassung des Zentralkomitees des preussischen Landesvereins von Kottbus Kreis in ganz Preußen bekanntlich werden. Der Vertrag aus diesem Tage soll für Sachverständigen der Betreueren verwendet werden.

Man ist sich fast also immer noch nicht, auf Kosten der für Schandvolltätigen Arbeiter und Arbeiterinnen und deren Kindern, den Wohltäter zu spielen. Weiteren, die über die Gesundheitslage dieser Wohlthäter unterrichtet wären, würden sie helfen sich überleben und sich vollständig unterwerfen im Reichstag so oft vertretenen Forderung anschließen, daß das „altruistische deutsche Vaterland“ für die alten Krieger zu sorgen verpflichtet ist.

* Aufgehoben Strafkammerurteil. Die Halle die Kaufmannsamt soll dem Kläger 750 Mark und letzterer verzichtet auf alle weiteren Forderungen. — Mit welcher peinlichen Sorgfalt die Gesellschaft ihr Vertragsmaterial überträgt, ergibt sich aus einem Blatt des 6. d. heißt es:

arbeiten und Konsumvereine befristeten organisierten Arbeiter teil durch Arbeitseinstellung, teils ohne solche wesentliche Maßnahmen ergriffen. Dieser Erfolg hat nun auch die bei Adernbüchsen befristeten Arbeiter, die gleichfalls der Organisation angehören, dazu angelegt, Lohnforderungen an ihre Arbeiter einzureichen. Gefordert wurde eine Lohnsteigerung von 30 Pf. pro Tag. Was auf einen Betrieb und die Forderungen gleich bewilligt wurden.

In familiären Ziegeleien Köslins haben die Ziegeleiarbeiter die Arbeit niebegelegt. Die Ziegelei fordern die Aufhebung der üblichen 5-prozentigen Bezahlung auf 1000 Steine, die Ziegelei mußten etwa 175 Steine täglich an die Arbeiter abliefern, wofür kein Pfennig bezahlt wurde. Die Arbeiter forderten ferner 9 Pf. Lohnzuschlag auf je 1000 Steine, der erst nachdes Tag in Kraft treten sollte. Die Internen wollten die 5 Pf. Zuschlag abgeben, nicht aber die 5 Pf. Mehrarbeit fallen lassen. Weil keine Einigung erzielt wurde, legten familiäre Ziegelei die Arbeit nieder.

Streit im Wädergewerbe in Hamburg-Altona-Bandsch. Da eine Einigung nicht zustande kam, haben die Wädler und Konditionen den Streit erklärt. Zugunsten nach dem ganzen Besitz ist auf das strengste feinzuzahlen.

Genossenschaftliches.

Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion in Danzberg. Der sechsten erschienen 12. Geschäftsbericht bringt neuerdings den Beweis von der wachsenden Erkenntnis des ungenutzten Wertes der genossenschaftlichen Solidarität. Diese erst seit 13 Jahren bestehende Genossenschaft hat eine ganz ungewöhnliche Macht und Größe erreicht. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1911 49 312, eine Zunahme 7437 im Jahre 1910. Der Umsatz liegt im Berichtsjahr um 3 001 233,15 auf 13 107 170,40 Mark. Im Berichtsjahre sind 9 Verkaufsstellen, 7 Arbeiterläden, 5 Verkaufsstellen, 1 Gummierwarenen und ein Koffelwagen neu eröffnet worden, und befinden sich 69 Verkaufsstellen, 19 Arbeiterläden, 8 Verkaufsstellen, 2 Gummierwarenen und ein Koffelwagen. Von den 49 312 Mitgliedern besaßen nur 20 250 Waren aus den Verkaufsstellen und zwar im Durchschnitt pro kaufendes Mitglied im Jahre 1910 für 383 Mark. Der Geschäftsanteilbesitz ist um 129 064,17 auf 747 406,22 Mark angewachsen, der Wohnungsbesitz von 23 007,06 auf 180 082,88 Mark. Der Restposten um 168 609,28 auf 682 787,08 Mark, trotzdem im letzten Jahre nur 8254 Mitglieder von dem Restposten 213 563,51 Mark erhoben wurden. In der Sparsache haben 19 270 Mitglieder 5 588 906,08 M. angelegt. Die Produktion betrug eine Wäderei und Konditionen mit 1 536 658,80 M. Umsatz, eine Fleischererei mit 3 895 404,37 M. Umsatz, eine Raffinerie, Mineralwasserfabrikation, Schroterei und ein Koffelgeschäft.

Kleinhandel und Konsumvereine. In Köln sprach kürzlich Herr Professor Dittich (Machen) über den Kleinhandel. Dabei streifte er auch die Konsumvereine. Die Rheinische Zeitung berichtet darüber folgendes:

Der Redner bezieht dann die Vorgänge der Konsumgenossenschaftlichen Betriebsweise gegenüber dem privaten unentgeltlichen Detailhandel. Der schnelle Umschlag der Waren, die Verbilligung und anderes mehr sicherte dem Konsumverein einen Vorzug. Unzulänglich ist unbedeutend, ist die Konsumvereinerzeugung feine Grundzüge des Zentralverbandes (1906) geradezu rapide geworden. Der Zentralverband sei heute die tonangebende Organisation der Konsumvereine; die nach im ersten Genossenschaftlichen Bundesversammlungen ferner, dagegen nicht mehr auf Befehrszweck erwidelt habe die Eigenproduktion der Vereine. Denn komme die Macht der Genossenschaftlichkeit bewider Konsumvereine, deren Grundzüge damit zusammenhängen, daß den Vereinen, die anfänglich von geschäftsunabhängigen Leitern geführt worden seien, eine umfängliche kaufmännisch vermittelte Zentrale geschaffen werden mußte. In letzter Zeit made sich sogar ein Streben der Genossenschaftlichen der verschiedenen Länder zum gemeinsamen Vorgehen bemerkbar.

Der Redner sprach dann weiter über die Mittelaufbringung durch Fabrikanten. Er sagte, genau wie die Konsumvereine und Warenhäuser seien sie eine logische Konsequenz unseres Wirtschaftssystems. In dem Bereiche ist weiter:

„Wer das klar erkennen, der müsse einsehen, daß alle finanziellen Demungen verlangen müssen. Das Warenhäusern gehen und das Gesetz gegen den unzulässigen Wettbewerb als Kampfmittel verlag. Das der geschichtlichen Grundlegung des Großhandels haben sich die offenen Kaufmannshäuser in den letzten zwölf Jahren um 62 Prozent vermehrt. Aus einer heftigen Statistik geht hervor, daß auch das Eintommen der Händler und besonders der Sozialwarenhandler gestiegen sei, in den Städten bis um die Hälfte. Und warum? Weil Konsumvereine und Warenhäuser trotz ihrer Größe nur 3 Prozent des Gesamtumsatzes ausweisen, die Macht vor ihnen also überlegen sei. In vielen Fällen habe der leistungsfähige und in Einkaufsvereinigungen organisierte Kleinhandel verlorenes Terrain zurückgewonnen. Auch die Warenhäuser, die bis jetzt dreißig Millionen Mark Absatz gewährt hätten, hätten sich um Gründung des Kleinhandels bitt. Besonders der genossenschaftliche Einkauf räume mit dem unrentablen Kleinhandel auf.“

Aus der Beurteilung des Redners über die Warenhäuser sieht man deutlich, daß er den Kleinhandel durchaus freundlich gegenübersteht. Treiben werden er sich gegen das übliche Geschrei der Detailisten. Diese aber eben nicht von wirtschaftlichen Erwägungen aus, sondern lassen sich von ihren Gefühlen leiten. Infolgedessen kommen sie zu Forderungen und Wünschen, die niemand, der wissenschaftlich denken gelernt hat, unterstützen kann.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Ort	Umfahrt	Umfahrt	Umfahrt	Umfahrt
Melzig, Oberpegel	7. Mai	+0,47	8. Mai	+0,17
Melzig, Unterpegel		+1,98		+2,02
Weißenfels, Oberpegel		+1,28		+1,32
Weißenfels, Unterpegel		+0,06		+0,08
Trotha, Unterpegel		+1,04		+1,08
Mitteleben, Oberpegel		+2,26		+2,35
Mitteleben, Unterpegel		+1,21		+1,21
Bernburg, Unterpegel		+0,82		+0,80
Halle, Oberpegel		+0,22		+0,22
Halle, Unterpegel		+0,42		+0,48

Ort	Umfahrt	Umfahrt	Umfahrt	Umfahrt
Dresden	7. Mai	+1,00	8. Mai	+1,01
Leipzig		+1,22		+1,14
Mitteleben		+1,27		+1,29
Melzig		+1,67		+1,56
Mitteleben		+1,80		+1,69
Halle		+1,60		+1,48

Wäter in der gemäßigten Weise im Vertriebe der Firma hergestellt werden. Der mit den Kunden geschlossene Vertrag habe also eine generelle Bindung in sich gehabt. Das Kammergericht als Revisionssinstanz habe das Urteil auf und verneint die Sache an das Landgericht mit folgender Begründung zurück: Die Strafkammer habe sich eines Rechtsirrtums schuldig gemacht, indem sie nicht prüfte, was die Kaufpreise waren, die die Käufer über die darauf angebotene Photographie, wenn die Käufer die Kaufpreise geseien sei, dann handelte es sich um ein Versteigern von Waren, und es könne hier wohl eine Verurteilung in Frage kommen. Nur wenn die Photographie die Kaufpreise geseien, handelte es sich um das Aufheben einer Bestellung auf generelle Zeichnungen, durch die der Zeichner zu rechtlichen wäre.

*** Auf Armenunterstützung zurückgegriffen werden?** Diese Frage hat das Reichsgericht in einem für das ganze Deutsche Reich gültigen Urteil mit „Ja“ beantwortet. Eine Rückzahlung von Armenunterstützungen war durch die gerichtliche Zwangs Vollziehung nur dann zu erreichen, wenn der Unterhaltg wieder in bessere Verhältnisse gekommen war und wenn die Unterhaltung nur auf ausdrückliche Erklärung der Rückzahlung hin gegeben war, oder wenn der Unterhaltg eine Unterbringung durch unzulässige Angaben erzielt hatte. Das Reichsgericht hat nun grundsätzlich ausgesprochen, daß die Unterhaltungsbeträge in jedem Falle zurückgefordert werden müssen, sobald der Unterhaltg dazu imstande ist.

*** Stadtkreis.** Am Mittwoch abend 8 Uhr kommt zum Benefiz der Katholischen Anstalt Emma Katholischer Verein unter Mitwirkung des Gesangsvereins und der Choräle unter Leitung des Kapellmeisters Giesmann zur Ausführung. Die Tiroletto spielt Hr. Schönbach, der Don Alonso Herr Dr. Lindahl. Demnächst wird am letzten Male der übermüthige Schwanen Nevers gegeben. Freitag: Dr. Klaus, Aufbruch von Metzger.

*** Zum Konzert des Arbeiterbildungsvereins** werden wir gebeten, mitzutheilen, daß das Konzert pünktlich um 8 1/2 Uhr beginnt und die Eintrittspreise während der Vorstellungen gelassen sind.

*** Bei der Arbeit tödlich verunglückt.** Beim Herabfahren eines Wagens wurde gestern morgen der 56jährige Schneidermeister des Expeditionssystems Wehner, Gottfried Wilhelm Deming, wohnhaft in der Straße 13, an der Straße und Grottenstraße des Soldaten durch die Wagenkante gegen einen mit Brettern belegenen Wagen gerollt. Der Verunglückte erlag in seiner Wohnung, 3 Stunden später, seinen schweren inneren Verletzungen.

*** Zwei Selbstmorde** junger Mädchen ereigneten sich noch am letzten Sonnabend. Innerhalb der Weinbergersiedlung sprang ein unbekanntes junges Mädchen in die Sole und ertrank. Sie war mit schwarzem Rock und weißer Bluse bekleidet und trug im Haar eine Schleife. Eine schwarze Markttasche, die sie am Totort zurückließ, befindet sich auf der Polizeistation Nr. 10.

Ein Mädchen von außerhalb begehrte sich am Sonnabend in einem hiesigen Park. Sie starb bald darauf in einer Kiste, in die man sie noch lebend gebracht hatte.

Wismar. Größte Dividende wird den Aktionären der Papierfabrik in Aussicht gestellt. Im Bericht der bürgerlichen Wähler heißt es: Was verlaßt, sei der Geschäftsgang recht gut, so daß mit der Möglichkeit gerechnet werden könne, daß die Dividende etwas höher ausfallen werde als im Vorjahre. Die mit feinstem Bericht haben, betragen die Ueberläufe im Vorjahre 802.282,77 Mk. Daran erhielten die Aktionäre 22% Dividende, gegen nur 12% im Jahre 1900 herausgepagelt. Im laufenden Jahre sollen nur noch über 22% Dividende zu erwarten sein. Für je 1000 Mk. Kapitalanlage soll also jeder Aktionär über 220 Mk. ausgeschütt erhalten, obwohl er keine Dividende für das Jahr hat. Es wird eben heute nicht die Arbeit, sondern der Reichtum belohnt.

Aus den Nachbarkreisen.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Liberaler Einigungsplan im Wahlkreis Bitterfeld. Vor einigen Tagen mußte die Kreisversammlung zu werden, daß bei den kommenden Reichstagswahlen im Wahlkreis Bitterfeld-Deutscher Neffler die Parteien aus Glienburg als allgemeiner liberaler Kandidat in Frage kommen, da der Kreis in dem Wahlabschnitt nicht aufgenommen worden, sondern den loganommen Fortschrittler schon vor einem Jahre zugesprochen, also überhaupt nie strittig gewesen sei. Mit der liberalen „Einigkeit“ scheint es aber nicht weit her zu sein. Die Nationalliberalen rühen sich bereits und erklären

in einer Zuschrift an die Eisenwege Neuesten Nachrichten, daß die Werbung in jeder Beziehung unrichtig ist, daß ein Kompromiß nicht getroffen sei, und gar keine Veranlassung vorliege, von dem früheren Beschlusse, einen eigenen national-liberalen Kandidaten aufzustellen, abzugeben.

Man scheint also immer noch die Absicht zu haben, Herrn Dr. Bellin, der gerade in der letzten Zeit so eigenartige Proben seiner „liberalen“ Gesinnung abgelegt hat, als national-liberalen Kandidaten aufzustellen.

Vererbung. Zur letzten Kartellversammlung hatten die Bauarbeiter wieder Delegierte entsandt, so daß jetzt außer den Bergarbeitern hier alle Gewerkschaften dem Kartell angeschlossen sind. Gessen wird, daß auch diese sich bald anstellen, was im Interesse der Bewegung ein großer Gewinn ist. Der Kassierer gab die Abrechnung, welche mit einer Bilanz von 879,30 Mk. abschloß, so daß ein Reineinkommen von 271,67 Mk. vorhanden ist. Die Abrechnung wurde als richtig anerkannt. Sodann beschloß sich das Kartell mit den Schiedsrichtern, sowie mit der Wahl der Vertreter beim Reichsvereinskongress, was aufstrebenden Ausführungen des Vorsitzenden erfolgte. Man hat sich damit einverstanden, da alle Vertreter hier erklärt haben, die Sache dem Reichsvereinskongress überlassen. Dieser fungierte demnächst als Reichsvereinskongress, was im Interesse der Bewegung ein großer Gewinn ist. Der Kassierer gab die Abrechnung, welche mit einer Bilanz von 879,30 Mk. abschloß, so daß ein Reineinkommen von 271,67 Mk. vorhanden ist. Die Abrechnung wurde als richtig anerkannt. Sodann beschloß sich das Kartell mit den Schiedsrichtern, sowie mit der Wahl der Vertreter beim Reichsvereinskongress, was aufstrebenden Ausführungen des Vorsitzenden erfolgte. Man hat sich damit einverstanden, da alle Vertreter hier erklärt haben, die Sache dem Reichsvereinskongress überlassen. Dieser fungierte demnächst als Reichsvereinskongress, was im Interesse der Bewegung ein großer Gewinn ist.

Wahl. Aus der Partei. Der Sozialdemokratische Wahlverein Werburg-Lueferr (Herrn Bittler) hielt am letzten Sonnabend seine Mitgliederversammlung ab. Der Eintritt in die Tagesordnung ertheilt die Verlesung des letzten Jahresberichts, demnach durch Ergeben von den Wählern. Hierauf gab der Kassierer den Kassierenbericht vom 1. Quartal. Da die Kasse in besserer Ordnung befindet war, wurde dem Kassierer Dank ausgesprochen. Sodann gab Genosse Engelmann den politischen Monatsbericht, welcher mit Beifall angenommen wurde. Da Genosse Bauer sein Amt als Vorsitzender niederzulegen hatte, wurde Genosse Lueferr als erster Vorsitzender gewählt. Darauf ertheilte sich eine lebhafte Debatte gegen das diesjährige Kirchenbaugeschäft. In allererstehender Zeit soll eine öffentliche Versammlung eintreten werden mit dem Thema: Austritt aus der Kirche. Sodann wurde durch den Kassierer beschlossen, daß sich in den Sommermonaten eine recht große Kundgebung zu veranstalten, welche die Verlesung der Tagesordnung zu enthalten, wurde die Verlesung geschlossen.

Wahl. Die Bibliothek ist wegen Inventur und Neuanschaffung am 1. Mai geschlossen worden. Die noch aufstehenden Bücher sind schnellstens abzuliefern.

Bitterfeld. Wichtige Versammlung. Auf die am morgigen Mittwoch, abend 8 1/2 Uhr, im Restaurant Hohenollern stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins ist an dieser Stelle nochmals besonders aufmerksam gemacht. Zunächst werden die Stadtratsordnungen über den Wahlkreis, sodann soll zur diesjährigen Stadtratswahl die Stellung genommen werden. Ferner wird die Rechnungslegung und das am 13. Mai stattfindende Vergleichen besprochen werden. Diese außerordentlich wichtige Versammlung dürfte für den Gewerkschaftler und jede Gewerkschaft Veranlassung genug sein, in der Versammlung zu erscheinen.

Glienburg. Die öffentlichen unentgeltlichen Schutzimpfungen der Grippeimpfung finden in diesem Jahre wie folgt statt: Dienstag, den 16. Mai, nachmittags 3 und 4 Uhr in der Schulhausstraße; Mittwoch, den 17. Mai, nachmittags

3, 4 und 5 Uhr in der Bergstraße; Donnerstag, den 18. Mai, nachmittags 1 1/2, 2 1/2 und 3 1/2 Uhr in der Stadtkirche (Eidmühenstraße); Freitag, den 19. Mai, nachmittags 1 1/2, 2 1/2 und 3 1/2 Uhr in der Stadtkirche (Eidmühenstraße). Die Impfungen sind unentgeltlich, welche I. im Jahre 1901 geboren sind, II. in früheren Jahren geboren sind, jedoch bisher überhaupt noch nicht oder zum ersten beim zweiten Male erfolglos geimpft worden sind und wegen Krankheit nicht geimpft werden konnten. III. Glienburger, in denen antivenöse Krankheiten bestehen, dürfen unimpfbar bleiben. In keinem Falle ist das Impfstoffgebräuh zu verwenden. Jede Impfung muß von einem Arzt vorgenommen werden. Die Impfung muß am gleichen Tage zur Revision vorgestellt werden.

Glienburg. Die Einwohnerzahl ist nach dem Stande am Schluß des Monats April auf 17.059 angewachsen. Zur Anmeldung kamen 604 Personen, während 402 abgemeldet wurden. Den Monatslohn von 112 Einwohnern verbandt die Stadt den abstrahierten Lohnempfänger, welche die Wähler der Hamburger und Berliner Lokalbahnlinie nach hier brachten.

Zerger. Selbstmord eines Soldaten. Vor einigen Tagen schloß sich der Quader Wirth von der 2. Eskadron des Infanterie-Regiments mit seinem mit einer Klapptasche versehenen Koffer in seinem Zimmer ab. Er hatte sich vorher in den Hof und so hat dabei lebensgefährliche Verletzungen zugezogen. Wie immer, indem die erste Maßnahme den traurigen Vorfall einleitete, während die auswärtige Behörde, die Tat sei aus Mangel an Nahrung begangen worden. Also ein Verstoß mehr, um die besprochenen Strafbestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs zu belegen.

Wahl. Schändliches an dem Gegenwartsstaat. Einen Blick in die Zeiten des letzten Glanz liessere eine Verbindung vor dem Schicksal in Glienburg, über die das Reichsblatt trüben Töne berichtet. Angefallen waren drei Zimmerleute aus Kumburg, Wacker und Wackerhammer. Die beiden arbeiteten auf dem Bau der Eisenbahn und des Maschinenhauses zu Oberhammer der Bauarbeiter. Sie waren beurlaubt, je 3-4 Körbe voll Abspalt (Holz) von den Schreibern mit nach Hause genommen zu haben, bzw. was daselbst von ihren Frauen mitgenommen werden. Der Meiß soll einen Wert von 20 Mk. gehabt haben.

Über Wacker kam die alte Gewohnheit, daß auf den Bauten die Wohlthäter der Arbeiter und seine von den Frauen oder Kindern beim Wacker von Wackerhammer mit nach Hause genommen werden. Die Wacker denken gar nicht daran, daß sie sich dadurch eines Verbrechens gegen das geistliche Eigentum schuldig machen. Die drei Zimmerleute wurden vom dem örtlichen Unternehmern nicht nur sofort auf die Straße gesetzt, sondern noch wegen Diebstahls dem Strafgericht überliefert. Mit heuchlerischer Miene berichtet das Reichsblatt darüber, daß ein tiefes Mitleid alle erschüttere habe, wie einer der Zimmerleute, daß er aus Not gezwungen sei, damit die Wacker nicht in die Wacker, die ihren Kindern nicht freieren sollte. Die drei noch unbedeutenden Angeklagten wurden mit je einem Tage Gefängnis bestraft. Wirklich liegt weit bei es der moderne Kapitalismus gebracht. Einige wenige schweigen im Lieber, auf der anderen Seite werden die im Glanz gelobten im Gefängnis geschickt, die sich einige Körbe Abspalt von der Eisenbahn mit nach Hause genommen nicht freieren lassen zu müssen. Das ist die in jeder Hinsicht göttliche Vergeltung!

Wahlkreis. Einen Beitrag zur Dienstbotennot auf dem Lande liefert ein Bericht aus dem neuen Strauch. Dort hatte sich ein 14-jähriges Mädchen von hier beim Wackerhammer als Dienstmädchen antrug, mußte es, da zwischen das größere Mädchen den Dienst beizugehen hatte, das ziemlich zahlreiche Vieh des Wackerhammer. Die Jalousien dieser Kammer hielten sich beim auch beim ein, indem das Mädchen erkrankte. Der behandelnde Arzt stellte fest, daß das Mädchen, infolge zu schwerer Arbeit erkrankt sei, und solche nicht beizugehen könne. Trotzdem hängte der Herr dem Mädchen das Dienstmädchen nicht aus, sondern beschloß, die Jalousien zu öffnen und die Wackerhammer zu öffnen. Er sah sich als der Wackerhammer angriffen werden, verlor die Jalousien zu öffnen, die das Mädchen beizugehen werden müßte. Den Lohn für die Tage sowie 1 Mk. ausgelagertes Geld beizugehen der andere Dienstmädchen mit dem Wackerhammer, wenn sie was haben wollten, konnten sie sich in der Wackerhammer zu öffnen, die Eltern bieten hat nicht. Herr E. schimpft wahrscheinlich jetzt noch auf die „faulen“ Dienstmädchen. Die von dem menschenfreundlichen Dienstmädchen offenbare Gesinnung zeigt er recht, wenn sich die Dienstmädchen zu versehen haben, wenn sie nicht nach Kräften für eine feste Organisation sorgen.

Bitte lesen!

Beim Einkauf von

Henkel's Bleich-Soda

achte man genau auf untenstehende Packung und weise Nachahmungen, da weichtes minderwertig, energisch zurück.



Henkel's Bleich-Soda

Scharfbedeutend weicht, macht die Wäsche blendend weiß. Verleiht der Wäsche einen angenehmen Geruch, da die Soda durch saure u. granulierte Wirkung, macht unentbehrlich. Bleichmittel sehr für u. Holzwaren sehr weicht. Bleichmittel u. Wäsche nicht an. Röhre sich in Wasser sehr rasch, sollte deshalb in feiner Handhabung sein.

Arbeitsmarkt

Offene Stellen enthält hiesige Zeitung, Deutsche Wochen-Post, Esslingen 156.

Maurer

stellen ein Jentsch & Reichardt, Waisenstraße 20, Glienburg.

Wir suchen noch mehrere tüchtige Klumpner zum möglichst sofortigen Antritt bei modernem Aufbau. Ludwig Kothe & Sohn, Glienburg.

Suche zwei Mechaniker

Th. Kuglberg, Rostock i. M.

Ein besseres, junges Mädchen zum Aufhängen von Wäsche gesucht. Lohn 2 bis 30 Pf. Anstalt ertheilt bereitwillig. H. Hase, Neidwitzer 25 Nr.

2 Korbmachergehilfen

per sofort gesucht. W. Gassmann, Merseburg, Herz- u. Korbmühl-Str. 4. Ober Dreieckstraße 4.

Einen erstklassigen Tagschneider sucht für dauernde Beschäftigung. Albert Drechsler Nachf., Poststraße 21.

Feinschmecker

berlangen nur noch meine Marke A. K. Während der Sommerzeit ist für jede Familie ein gut gewählter Käse wohl eine Haupt-Espeise mit. Ich habe einen wirklich delikaten, hochfeinen, deutschen Bauernkäse, Marke

A. K.

à 2 Pf. zu 5 und 8 Pf. mit 5 Proz. Rabatt eingekauft und bitte die beliebigen Quantitäten, einen Versuch zu machen.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend

bei Einkauf von 1 Pf. Butter-Ersatz gratis, Margarine zu 95 Pf. mit 5% Rabatt geben

Schweizerkäse hochfein, 1/2 Pf. 55 Pf. mit 5% Rabatt. **Eier** 75 u. 90 Pf. mit 5% Rabatt.

Albert Knäusel.

Schuhwaren

Praktische Spargelheber für die Tafel.

G. m. H. C. F. Ritter Leipzig, Leipzigerstrasse 90.

Reparaturen schnell u. billig.

Gartenstr. 26, H. H. II.

Die Maifeier in der Türkei.

Konstantinopel, 3. Mai 1911.

Noch vor drei Jahren war der Plan, in der Türkei eine moderne Maifeier abzuhalten, eine hinderverbrannte Idee: die Sache ist jetzt anders geworden.

Allerdings noch voriges Jahr haben an der Maifeier in Konstantinopel nur einige hundert Arbeiter teilgenommen; außerdem gab es bloß eine Zusammenkunft armenischer Studenten. Aber im Laufe eines Jahres, in aller Eile machte der sozialistische Einigungsgebände einen hübschen Schritt nach vornwärts.

Ja, die Maifeier in der Türkei hat sogar ihre Vorgeschichte. Zu Beginn in Konstantinopel eine Gewerkschaft der Damaskusfabriken, die, nach einem erfolgreichen Streik, den Unternehmern die Bedingung anbot: sie hätten die Fabrik bis 1. Mai! Diese Gewerkschaft, die gegenwärtig 120 Personen umfaßt, bildete die Keimzelle der Feiern. Ihnen schloßen sich, auf Einladung der allgemeinen sozialistischen Organisation Ergatis der armenischen sozialistischen Partei Dolmetsch, der anderen armenischen sozialistischen Fraktion Hünbald eine bedeutende Anzahl anderer Arbeiter verschiedener Berufe und einige Dutzend Studenten an. Die Gesamtzahl der Arbeiter, die in Konstantinopel am 1. Mai die Arbeit niedergelegt haben, beträgt rund 600, die Zahl der Teilnehmer an der Feier vor mittags etwa 800. Wie schon aus dem obigen sich ergibt, haben die verschiedenen Organisationen sich gemischt, und die Maifeier geht in die Zukunft zu gehen. Der Erfolg war glänzend und wird sicher zu weiteren Einigung der jungen Bewegung beitragen. Es herrscht eine gehobene Stimmung angesichts der für hiesige Verhältnisse umgehört großen Zahl der Feiern.

Schon um 10 Uhr vormittags begannen die Feiern sich zu ver sammeln — in dem hübschen Garten der Brauerei Sipino. Wir sind freilich noch nicht so weit in Konstantinopel, um unter dem Vorzeichen der allgemeinen öffentlichen Demonstration abhalten zu können. Der Versuch dazu wurde deshalb auch nicht unternommen. Die Feier trug vielmehr den Charakter einer festlichen Zusammenkunft. Und als alle bestimmten waren, da wurden den Zweck des Arbeiterfestes entsprechende Reden gehalten.

Als erster sprach Genosse Korofoß, der Sekretär der Gewerkschaft der Damaskusfabriken. Er erklärte die Bedeutung des 1. Mai, betonte, daß jeder frei sei von jeder nationalen und religiösen Beschränkung und nur der internationalen Solidarität des Proletariats gete. Die Arbeiter müssen sich organisieren, um ihre Rechte zu verteidigen. Früher, wenn ein hiesiger Arbeiter sich ein besseres Schicksal erlangen wollte, blieb ihm nichts anderes übrig, als nach Amerika auszuwandern; „so dachte auch ich früher“ — sagte der Redner — „aber jetzt bin ich anderer Meinung, ich bin der Meinung, daß wir in unserem Vaterlande bleiben müssen, um uns hier eine bessere Zukunft zu erkämpfen.“

Nach dem sozialistischen Organisation Ergatis hielt Genosse Korofoß eine Rede, die eine längere Rede, in der er die Ideen des Sozialismus erläuterte. Auch mehrere andere sprachen in armenischer, türkischer, griechischer und spanischer (hispanisch-spanischer) Sprache. Auch eine junge Genossin, eine Armenierin Verus Demirdschian, sprach einige begeisterte Worte. „Unter dem alten Regime“ — sagte sie — „konnten die Arbeiter ihre Rechte nicht verteidigen; jetzt haben wir die Möglichkeit, uns zu organisieren und unsere Forderungen zu stellen. Ich rufe darum: Hoch der Arbeiterklasse und hoch die Demokratie! Hoch der 1. Mai, der unseren Kampfen am stärksten. Jetzt erst beginnt unser eigenlicher Kampf. Hoch der Sozialismus!“

Es war eine fünfstündige Gesellschaft, aber man verstand sich gut, denn hier las in den Augen des anderen die gleiche Begeisterung für die gemeinsame Sache des Proletariats.

tarials. Die Jugend gab den Ton an, darunter viele Arbeiterinnen. Man sah aber auch Menschen Grausof, der die Stärke der russischen oder der armenischen Bewegung mitgemacht hat. Erfreulich war die rege Beteiligung der Arbeiter der Tabakregie. Diese Arbeiter haben jedoch einen schweren Streik gegen die mächtige Monopolgesellschaft ausgefochten. Sie haben zwar ihre Forderungen nicht durchsetzen können, aber sie sind mit Ehre aus dem Kampf getreten.

Die Veranstaltung zum Streik gab die Entlassung von 22 Arbeitern; diese Entlassung hat die Gesellschaft zurückgehen müssen. Sie ver sprach auch den anderen Unbefriedigten abzugeben, der Streik hätte mehr Erfolg, wenn nicht die Tabakregie, die ja mit keiner Kontingenz zu rechnen braucht, in ihrer großen Fabrik in Samium (Kleinasiens) Erfolg für den Produktionsausfall der Konstantinopeler Fabrik zu schaffen vermocht hätte. Die Arbeiter haben darum begriffen, daß sie nur durch einen allgemeinen Streik, der alle Fabriken der Regie umfassen würde, ihre Forderungen durchsetzen können. Mit diesen Gedanken haben sie die Arbeit wieder aufgenommen. Sie sind frohen Mutes und arbeiten jetzt eifrig an der Entwicklung ihrer Organisation. Sie haben schon jetzt bedeutend mehr Geld in ihrer Kasse, als zu Anfang des Streiks darin war.

Ein Teil der Arbeiter der Tabakregie hat, wie schon erwähnt, am 1. Mai die Arbeit niedergelegt.

Als nun das Fest zu Ende war, da setzte man sich mit roten Fahnenbanden geschmückt, in geschlossener Reihe in Bewegung, um sich heimwärts zu wenden. Der Weg führte über die Hauptstraße von Konstantinopel. Der Aufmarsch der ja manchmal uns Sozialdemokraten recht günstig ist, wollte es, daß man auf diesem Wege Truppen von Arbeitern begegnete, die gerade Feierabend machten und die Fabriken der Tabakregie verließen. Diese schloßen sich selbstverständlich dem Zuge an, schmidten sich ebenfalls mit Fahnenbanden, und die Masse, die über Tausende Köpfe hoch war, passierte feierlich die ganze lange Straße. Da die Konstantinopeler Polizei noch nicht unter dem Kommando des preußischen Herrn v. Jagow steht, wählte sich das ganze in milderer Form ab. Wenns fanden drei Versammlungen geschmückt, die sämtlich sehr besucht waren.

Noch viel erhabener war die Maifeier in Salonik, dem großen Arbeiterzentrum. Dort nahmen über 8000 Personen an dem Demonstrationen teil. Die Demonstration wurde polizeilich genehmigt, da Salonik nicht unter dem Ausnahmestatus steht. Der 1. Mai wurde außerdem in Uesküb und an anderen Orten gefeiert, doch liegen mir zur Stunde noch keine Mitteilungen vor. In Konstantinopel und in Salonik wurde folgende gleichlautende Resolution angenommen:

Die zur Feier des 1. Mai versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären ihre Solidarität mit den Arbeitern der ganzen Welt, die an diesem Tage gegen die kapitalistische Unterdrückung demonstrieren. Sie fordern eine wirksame Arbeiterbewegung, insbesondere den Achtstundentag und das Verbot der Kinderarbeit.

Sie protestieren gegen den Imperialismus der kapitalistischen Staaten, der Herwirflichkeit unter den Völkern erzeugt und auf den Krieg hinberbeitet.

Sie fordern die Arbeiter des osmanischen Reiches ohne Unterschied der Nation und Religion zu gemeinsamem Werk auf, das Vaterland gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung seitens des internationalen Kapitals zu verteidigen.

Alles in allem: Das Proletariat der Türkei erweist, und in ihm erwacht jene Kraft, die den türkischen Parlamentarismus verteidigen wird. **Barbus.**

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.

Burg 42/48, Hof, 2 Treppen.

Sprechstunden nur Wochenabends von 11 1/2—1/2 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonntags nachmittags und Sonntags geschlossen. — Telefon Nr. 1541.

Aus den Nachbarkreisen.

Redaktion, Expedition und Druckerlei

einer Zeitung sind völlig voneinander getrennte Berufe. Wer eine geschäftliche Verbindung (Antrag, Annonce usw. gegen Bezahlung) im Volksblatt eingehen will, der wende sich an die

Expedition — Telefon Nr. 1047,

an die auch alle Verbindungen für Anträge, Abonnements usw. zu richten sind. Bestellungen über regelmäßige Zustellung des Volksblatts haben die Postabonnenten jedoch beim zuständigen Postamt einbringen zu lassen.

Wer jedoch eine Nachfrist zur Aufnahme in den Teil des Volksblatts (Lokal- oder Provinzialteil) einlösen will, der wende dies an die

Redaktion — Telefon Nr. 338,

die diesen Teil des Blattes bearbeitet. Wer Druckfäher (Programme, Plakate, Aufzettel usw.) angefertigt haben will, muß sich an die

Gesellige Genossenschaftsdrucker — Telefon 1047

wenden.

Im Interesse der raschen Abwicklung der Geschäfte bitten wir unsere werten Leser, Mitarbeiter, Anzeigenden und Geschäftsfreunde diese Teilung des Geschäftsbetriebes unserer Zeitung sehr genau zu beachten, da der falscher Adressierung leicht Zeitverluste und unliebsame Verzögerungen entstehen können.

Vom Bergarbeiterfreit.

Die Situation im Streikgebiet hat sich am Montag nicht wesentlich verändert. Die von den einzelnen Streikvereinen erhaltene Berichte lassen erkennen, daß sich bis Montag mittag nicht alle Streikenden auf die Straße gemeldet haben. Es ist deshalb auch nicht möglich, genaue Zahlen anzugeben. Speziell kann jedoch gesagt werden: Die von dem Unternehmerverein und der bürgerlichen Presse angeführte Behauptung, daß zahlreiche Arbeiter nur widerwillig und dem Zwange gehorchend, ihre Kündigung eingereicht hätten, ist hinwiegend geworden. Denn durch Terrorismus und Gewalt ist den einzelnen Personen in einem so ausgedehnten Streik gar nicht möglich, circa 6000 Arbeiter in einen Streik zu „treiben“. Es steht übrigens den Unternehmern und deren Trabanten sehr schlecht an, von Terrorismus zu reden, denn es wird gerade von dieser Seite gegen die Streikenden ein Terrorismus ausgesetzt, der alles bisher dagewesene übersteigt. Ein Teil der Streikenden hat das zweifelhafte Verlangen, in Verfassungen zu wohnen. Diesen Arbeitern ist im Laufe der letzten Wochen gekündigt und mit der Räumung der Wohnungen gedroht worden. Die Zeiger Parafinwerke haben zur Räumung der Wohnungen nur eine Zeit von 2 Tagen gelassen; die übrigen Werke sind in ähnlicher Weise vorgegangen. Auf einigen Werken ist den Inhabern der Wohnungen die Miete bis zum Ablauf des Monats, also bis 30. Juni, vom letzten Schichtlohn abgezogen worden. Diese Arbeiter erhielten keinen Feintrag Lohn ausgezahlt, die meisten mußten zur Abrechnung noch Geld mitbringen.

Auch ein Geistesleiden hat den bedrängten Werkschergen heimgesucht. Es wurde der Streikleitung gemeldet, daß dieser Arbeiter Geistesleiden erlitten und einen minderjährigen Streikenden, für welchen er als Pfleger bestimmt ist, aufgefunden habe, die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen, widrigenfalls er ihn in Suizidversuch bringen werde. Hinzukam, daß er sich

Als Dritter Helfer im Grunde springen auch die Anaptschaften lassen den Unternehmern bei. Aus allen Streikorten wird berichtet, daß viele Kranke in den letzten Tagen einfach gesund geworden sind. Ferner ist den Streikenden gesagt worden, daß sie keine Anträge an die Regie hätten, diese würde zweifellos eine Korrektur eintreten, denn so ohne durfte zweifellos eine Korrektur eintreten, denn so ohne

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.

Roman von Jonas Lie.

71 (Nachdr. verb.)

Fräulein Morland hat sich ihm mit einem schmerzhaften Blick in die Augen, während sie leise das Kind aus ihrem Schoß gleiten ließ.

„Ach, Jon —“ sprach Frau Arna des Gesprächs ab, „wenn wir erst alle verlassenen Kinder und dann an alle unglückliche Mütter denken sollen, die es in der Welt gibt, da können wir unser Spiel nur gleich aufheben.“ — Jetzt zichen wir die Eisenbahn auf und lassen sie von Station zu Station fahren! Ich fuhr sie gleich darauf fort. „Wie Stationen erwidern wir, Sie, Fräulein Morland, eine auf Ihrer Seite — ich eine auf meiner Seite — und Gunnar und Staf jeder seine Station bezeichnen. Aber dann müssen Sie Gunnar auch wirklich folgen lassen und nicht die ganze Station in Unordnung bringen, so daß niemand da ist, wenn der Zug kommt.“ Staf bricht gleich mal, wenn der Zug einfährt! — Und zu muß es eben machen, Gunnar! Erst werden die Billets verkauft!“

„Einer oder der andere der Passagiere lauchte im Vorübergehen einen Blick von dem zu erhaben, was in Familienkreisen beim Kavallerie vor sich ging.“

Der Mann stand er zu stehen an der Brustung stehen geblieben. Ganz stand er unbewußt und verfolgte das Spiel. Nichts überredete er alle, indem er herunter und mit tiefer Hofsichtlichkeit bei dem kleinen Staf erkundigte, ob er ein Billet nach Skalluta bekommen könne. Da dies verneint wurde, zog er sich in unersättlicherem Ernst zurück und tratte über das Verdeck zurück.

„Du, Jon —“ sagte Frau Arna, „mir wurde ganz bang. In den Augen dieses Mannes lag so etwas Verheerendes, Unglückliches — fast wie wenn er nicht ganz bei Sinnen wäre!“

„Eben kam Wangenstein, noch mit der Mütze des Siegers auf dem Kopfe.“

„Gott — gewiß — es gilt, die Phantasie der Kinder sowohl als auch ihre Intelligenz gegen Zeitgenossen zu lenken.“

Der Doktor war eifrig beschäftigt, mit dem Stod einer Zug abzuwehren, der seinen Weg quer über das Verdeck nehmen wollte.

„Ach komme mir hier vor, wie in einer Kunstschule, gnädige Frau!“ fuhr Wangenstein aufgedreht fort. „Anschauungsunterricht! Das ganze Realitar, in dem man lebt, mit Zelegraph und Telefon und Eisenbahn bringen einen in Reichweite und in Reichweite. Der Herr Doktor hat sich hier den Kindern klar, daß dies von Nutzen für ihr kommdendes Leben ist —“

„— Wein — den wollen wir nicht bei unfrem Spiel haben!“ sprach unten Frau Arna leise auf Staf und Gunnar ein, ohne aufzublicken.

„Überhaupt diese freiwillige Arbeit der Kinder beim Spiel ist eine Arbeit, die man anschieben mügte — fuhr Wangenstein von oben fort.

„Jawohl — da müßte es ein schönes Vergnügen sein, zu spielen!“ schwatzte Frau Arna, indem sie aufmerksamt auf einen Zug acht gab.

Wangenstein stand eine Weile und wartete auf Antwort.

„Da bekommen Sie Besuch von dem tanquelligen Violinspieler!“ sagte er schließlich, indem er den Hut lüftete und weiter spazierte.

„Darf man fragen, welchen Nutzen Sie eigentlich mit Ihrer Violine stiften. Herr Haveland?“ begrüßte Frau Arna ihn anselbst.

„Ach weiß es nicht, gnädige Frau — ich weiß es wirklich nicht. Es wäre denn vielleicht, daß ich den Menschen die Ohren vergrößere, so daß sie mehr Gehör für die himmlischen Dinge bekommen!“

„Seiden wir uns zuletzt haben, sind Sie eine Verüßlichkeit geworden — eine Größe!“ sagte Frau Arna.

„Ach — aber wenn wir immer sich immer mit einer gewissen Nüchternheit der betreffenden Tage, da man sich nur auf sich selbst und auf unseren Derragt verließ. Jetzt spannt man die Netze vor und dann anfänglichermode daneben nicht auf den Himmel ein Weisheit anziehen. Es kann viel Schmutz an einer alten Gewe kängen — viel Schmutz! Die Verüßlichkeit ist nicht ungesund! Aber Ihnen, gnädige Frau, die Sie mir damals in Ihrer Stadt so tapfer helfen — Ihnen werde ich das nie vergessen! Das war mein erster wirklicher Erfolg!“

„Sonderbare Stadt! Voll von alterhand Kunstbilletanten — man amüßert sich famos, darf ich fragen, ob es noch immer so lustig dort zugeht.“ — Wils — Angere Theater —“

„Gewiß — das dürfen Sie glauben!“ versicherte Frau Arna warm. „Nehmen Sie nur hin — hätte ich fast gesagt! Ach — ich verhehle noch immer, daß Jon und ich nicht mehr länger dort sind!“

„Am — danke schön — aber wenn das Doktorhaus nicht mehr existiert, dann ist das Leben ein Stück aus der Erde gerissen. Ihre Familie achte so den am festesten eingewurzelt, mit hundert Beziehungen an die Stadt geknüpft.“

„Das Dads dort war für Jon und seine Arbeit zu niedrig. Er mußte hinaus und selbstbestimmend sein und ich mit ihm.“

Der Herr Doktor war eifrig beschäftigt, mit dem Stod einer Zug abzuwehren, der seinen Weg quer über das Verdeck nehmen wollte.

was ich eine wirkliche Heimat nennen möchte. Wein — daß das Haus des Doktors nicht mehr da ist! Erinnern Sie sich, gnädige Frau, in meinem Konzert trugten Sie eine große gelbe Christsternchen in Haar die — wie zum Zeuge, hoch über der talentvolle, musikalische Mensch — Ihr Wunsch und — der mit einem ganzen Nord voll Blumen zu Ihnen kam, gerade als wir vormittags die Nummer probierten, zu der Sie mich begleiten wollten? Da — der Herr Doktor hat, die ganze Welt der den dort zu helfen? Volkmann — Dieser ist immer — richtig! Ein definiertes Mensch mit etwas Neugiertem am sich — toller Kunstintelligenz. Und nun sind Sie wirklich von dem ganzen Stoll weggeritten — von Freund — und Kapitalist — und haben wie andere Friedelich, hier aus dem wilden Meer!“

„Wie ich denn bin, meine Karriere zu wechseln und ganz zur Wissenschaft überzugehen?“ sagte der Doktor plötzlich ruhig.

„Ein Weisheit die Frau mit einem erbiterten, hobnollen Ausdruck.“

„Ach will es Ihnen erklären, Herr Hansland. Es poßierte mir, daß ich mir über etwas den Kopf zerbrach, was ich absolut nicht herausfinden konnte. Das quälte mich Tag und Nacht.“

„Sie wissen doch — die Ursache des Fortschritts. Und so patte ich auf, um meine Neugierde die Lösung auf der anderen Seite der Erde zu suchen.“

Die Augen bei Frau Arna, welche einen Moment lang angestarrt auf dem Doktor, als würde sie, wie tief diese Stimmung ginge.

Ein gewaltiger, resignierter Geister erschöpfte ihr. Sie nahm ich aber plötzlich zusammen und viel heiter: „Paß auf dein Ant auf! Staf! Die Komotomie läuft ja weg! Es geht wahrhaftig nicht, sich mit Wissenschaft zu beschäftigen, wenn man im Dienst ist.“ — Fräulein Morland erregt natürlich die Gelegenheit, Gunnar wieder auf den Schoß zu nehmen!“

Der Geiger war aufmerksam geworden. Er wirkte in der Luft etwas wie Mühsamkeit unter dem raschen Ton der Frau. Er sah von einem zum anderen und wandte sich dann an Fräulein Morland:

„Und Sie geben sich also auch eine Zukunft in Amerika zu schaffen als Musiklehrer? Natürlich sind Sie auf die Schieferleiten im Anfang vorbereitet.“

Fräulein Morland begrüßte Gunnar nettlos an sich, als wollte sie zeigen, daß sie Kraft befülle.

Frau Arna meinte nur, der Dampf stamme jetzt zu bester. Sie begann die Spielenden und die Komotomie, die umgehirt auf dem Verdeck los zu sammeln. Die Kinder mußten hinunter und drunten beschäftigt werden.

(Fortsetzung folgt.)

weitere kann man den Streikenden alle erworbenen Rechte nicht nehmen.

Stimmlich haben die Beschäftigten die bestehenden Forderungen der Arbeiter unter dem Vorwande abgelehnt, daß die Werke sich in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befinden. Daß das eine faulstidige Lüge ist, werden wir morgen eingehend beweisen. Wenn man sich jetzt die tiefenhaften Anforderungen und vollen Verbindungen einzelner Werke betrachtet, dann kommt man aber schon heute zu dem Schluß, daß dieser Vorwand nichtig ist. Denn denjenigen Arbeitern, welche zu Verräten an ihren kämpfenden Mitstreikenden werden sollten, haben einzelne Verwaltungen ganz bedeutende Lohnzulagen versprochen. Wir wollen heute aus der Fülle des Materials nur zwei Beispiele herausheben, um die Unwertigkeit der Behauptungen zu kennzeichnen. Auf der Grube Marie bei Döben ist den Maschinenführern und Oefizern, wenn sie nicht streiken würden, eine wöchentliche Zulage von 1,36 M. versprochen worden, während auf einer Grube bei Dürrenberg jedem streikenden Arbeiter eine Zulage von einer Mark pro Tag versprochen wurde.

Daß die Werke große Anstrengungen machen, ausländische Arbeiter heranzuziehen, haben wir bereits mitgeteilt. Siese diese Leute behandelt werden, ist durch folgendes dargestellt: Auf der Grube Emma bei Zwickau sind mehrere Galzler in der Manne untergebracht. Im letzten Lohnabzug wurde diesen Arbeitern für Kost und Logis 10,40 M. für Verköstigung 2,75 M. zurückgehalten. Die Arbeiter erhielten dann noch 13,52 Pf., 2 M. usw. ausgezahlt. Den alle behandelten wurde bemerkt, daß die Zulage gemacht würden, um die veranlagten Reisegelder zurückzubekommen. Wir sehen hier, daß diese zu Lohnrückständen bestimmten unwilligen Proletarier alle Mißstände haben, sich dem Streik anzuschließen.

Die katholischen Fachabteilungen sind ihrem alten Grundhalt (offener Arbeiterverband) treu geblieben, indem die Leitung für ihre Mitglieder im Altenburger Revier anordnete, daß sie die bereits eingereichten Forderungen zurückzunehmen hätten. Die katholischen Bergarbeiter sind mit dieser Politik ihrer Führer jedoch nicht einverstanden, denn sie lassen sich, daß es keine Forderung sein könnte, wenn Arbeiter für Verbesserung ihrer Lohns und Arbeitsbedingungen streikten. Diese Arbeiter tun gut, sich einer Organisation anzuschließen, die in streikender Weise mit Arbeitern und keine Unternehmern interessen vertritt.

Die Streikenden sind auf der ganzen Linie tätig, um ihrer Bewegung den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Sie werden sich durch keinerlei sensationelle aufgeputzte Gerichte in ihrem Tun beirren lassen. Sie werden mit Ruhe und Beharrlichkeit den Kampf führen!

Unternehmungsgewinne in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie.

Die Bergarbeiter des Zeißer und Meuselthaler Braunkohlenreviers sind den Streikern zu lebendig geworden. Nachdem es nicht mehr mit brutaler Gewalt geht, die Forderungen der Gewerkschaften unerschrocken zu laffen, haben sich die Braunkohlenbesitzer auf das Lebenszergerichtet. Die Arbeiter sollen sich davon überzeugen lassen, daß die armen Unternehmer mit ganz täglichen Gewinnen zufrieden sein müssen, die nichts weiter als eine armütige „Mittelpreispolitik“ darstellen. Die Deutsche Bergarbeiterunion befürwortet sich bitter darüber, daß die Proleten selbst nachschauen, und zeigt die Methode, nach der man — nach ihrer Meinung — allein den Unternehmungsgewinn pro Arbeiter feststellen könnte. Da wir nicht so fähig, wollen wir einmal das Beispiel, wie es die Zeitung der Gewerkschaften für richtig hält, machen.

Zu folgendem sind die Gesamtergebnisse von sechs bedeutenden Braunkohlenunternehmungen des Zeißer und Meuselthaler Reviers für das gleiche Jahr 1908 genau nach den Angaben der Deutschen Bergarbeiterunion zusammengestellt. Wir prüfen deswegen die Zahlen im einzelnen nicht nach, die Richtigkeit dieser von einem anerkannten Gewerkschaftenmitglied angegebenen Zahlen sei also vorausgesetzt. Die sechs Werke hatten nach der im Reichsanzeiger am 2. März veröffentlichten Monatsstatistik von 1908 ein Arbeiterbeleg von 8184 Personen dar und produzierten Kohlen, Braunkohle, Holzspäne, Nebenprodukte usw.

in Gesamtwerte von	21 918 643 Mk.
davon sind abzuziehen (immer nach den Angaben der D. B. G.):	
Löhne	10 080 280 Mk.
Soziallöhne	1 117 062 „
Steuern und Komm. Abgaben	308 126 „
Wohlfahrtswesen	3 298 201 „
Generalfond	2 357 058 „
Abzugsbetrag insgesamt und 4 Prozent Reservefonds und 2 Prozent Kapital (Verdienst der Eigentümer)	1 480 015 „ 78 446 722 „

Es bleibt also außer der normalen Verzinsung des Kapitals 3 471 921 Mk. Zu dieser Berechnung bleibt zu bemerken, daß ein Teil der unteren Beamten, deren Gehalt mit durch die Lohnrückstände...

in der obigen Lohnsumme mit inbegriffen ist und daß ferner auch die Verzinsung der Kapitalien nicht in Ansatz gebracht ist. Zwei Momente, welche die Rechnung zugunsten der Unternehmung noch ein wenig verschleppen. Bei dieser Berechnung ist einmal von Kost und Lohn an Arbeiterlohn 1292 Mk. also wöchentlich rund 25 ganze deutsche Reichsmark. Die Deutsche Bergarbeiterunion würde nun die Ausgaben für Soziallöhne auch noch zu dem Arbeiterlohn gerechnet wissen. Ein ganz falscher Grund, denn die Soziallöhne sind ja etwas, was dem Arbeiter von seinem Verdienst vorbehalten wird, nicht eine Einnahme! Aber bleiben wir einmal auch hier bei der eigentlichen Unternehmungsgewinn, so ergibt sich trotzdem noch ein Unternehmungsgewinn von 424 Mark pro Kopf, Arbeiter und Belegschaft! Wöchentlich also 20 Mark und Jahr an Arbeiterlohn 1292 Mk. Soziallöhne in Ansatz gebracht, und außerdem nicht beachtet, daß der Kohlenbesitzer sein Kapital mit 4 Prozent verzinst wird, berechnet bekommen hat.

Also nach der eigenen Berechnung der Unternehmungsgewinn gehen die Arbeiter wöchentlich mit einem Durchschnittslohn von 25 Mk. nach Hause, während der Kohlenbesitzer an jedem von ihnen pro Jahr 424 Mk. Supergewinn hat. Staunen und die Lohnforderungen noch etwa zu erhöhen ist zu erwarten.

Die unteren Beamten der Werke sollen also nicht in der Lage sein, die vom Bergarbeiterverband geforderten bestehenden Forderungen bewilligen zu können. Wie es mit diesem „Vorhalt“ aussieht, beweisen folgende Verhältnisse: Für das Jahr 1909 sollte die Braunkohlen-Mittelgesellschaft Ernst in Meuselthale 3 1/2 Prozent Dividende, der Braunkohlenabbauberein zum Fortschritt, Meuselthale, 12 Proz., die Gesellschaft Friedensgrube daselbst 13 1/2 Prozent und die Prehler Braunkohlen-Mittelgesellschaft 15 Prozent. Günstige Verhältnisse machten die Aktionäre der Gesellschaft Vertriebsgesellschaft in Meuselthale, denn sie konnten für die Jahre 1909 und 1910 27 und 42 Prozent der Arbeiter der Werksfelder Montanwerke konnten von einem 2 076 197 Mark betragenden Gewinn 1 801 397 Mark Abführungen verzeichnen und noch 12 Prozent Dividende verteilen. Die Aktionäre der Greppiner Werke dürfen mit ihren 10 Prozent auch nicht des Ungetreuen werden. Aus diesen und noch anderen nicht minder interessanten Verhältnissen ist zu ersehen, daß die Gewerkschaften sehr wohl in der Lage sind, die Forderungen der Bergarbeiter anzuerkennen, wenn sie nur wollen. Da sie das aber nicht wollen, versuchen sie mit allerlei Witzchen die Öffentlichkeit zu täuschen.

Selbst Schlußfolgerung als Ausbeutungsobjekt. Einige hiesige Arbeiter haben den Streik nicht nur so, wie sie ihre Forderungen mit nach der Weisheit haben und nicht zur Schule schicken. Bemerkt muß aber werden, daß die Eltern ihre Kinder in der üblichen Form einschulden hatten. Wie bekannt, werden hier sonst Strafmittel äußerst selten oder gar nicht verhängt, aber hier gilt es den vollen Gehalt auszusparren, da fallen den Eltern die Schulden an, ausgenommen die Schulden, die erklärt der Rektor Leising, daß eine obige Schuldbilanz nicht genügt, für welche Gelegenheiten aber es keinen Urlaub. Nur zum Nebenverdienst, Steinauflagen, Kartoffelarbeiten und ähnliche Arbeiten würde den Schulkindern freigegeben werden, was von den Schulverwaltungen in trüblerer Jugend ausbeutet zu werden.

Nur launiges Spiel müssen sie den Gutsbesitzern bei Sonnenbrand und Regen die Arbeit leisten. Täglich kann man jetzt wieder sehen, wie die armen Arbeiterkinder hundemal nach der Arbeitsschule laufen müssen. Dort werden die stärksten ausgebeutet die schwachen, ausgenommen die Schwachen sich wieder von unten trocken. Für die neun Stunden lange Arbeitszeit gibt es dann 40 bis höchstens 50 Pfennige. Eine beratige Ausnutzung der Kinderarbeit ist eine Verbindung an den Kindern nicht nur, sondern am ganzen Volk, das ein Anrecht darauf hat, daß kein Kindchen nicht klein in der Jugend durch Heberverehrung geschult wird, sondern in der Arbeit. Die herrschenden Klassen, die da glauben, ein Anrecht auf das höchste Kinderlohn zu haben, machen doch letzten Endes nicht umsonst jetzt in Jugendhilfe und Säuglingshilfe. Das geschuldete monatliche Gehalt der Kinderarbeit wird freimüßig durch das Wohlwollen der Kinderbegünstigung gemindert, weil der sog. Kinderlohn nicht auch ein Lohn ist, sondern ein Geschenk ist. Man verbessert vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter, man läßt ihnen den vollen Ertrag ihrer Arbeitskraft zukommen; man befähigt die Herrschaft des Kapitals und alle Anbegehungen wird ein Ende haben. Nicht nur den mit Eisenarbeiten behafteten Gewerkschaften, sondern allen, deren heiliger Gehalt es ist, die Gesellschaftsordnung zu stützen, in der die Menschen durch Menschen ausbeutet werden, muß die zweierlei Behandlung der Proletarierkinder anzuwenden zu eifriger Mitarbeit an der Erziehung der Jugend zu freien Menschen.

Gerechtigkeit Unter freiem Himmel fand hier nach längerer Pause wieder eine öffentliche Volksversammlung statt. Das beim der Arbeiterkammer, der Hofhof zur Insel Gelgeland hatte eine Vergrößerung durch Ankauf eines benachbarten Gartens erfahren und wurde dieses für unsere Parteibewegung immerhin recht erfreuliche Ergebnis durch Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung gebührend gewürdigt. Von nach und fern kamen die Genossen und Genossinnen herbeigeeilt, um an der Versammlung teilzunehmen. Nachdem der Sozialdemokratie befragt war und der Preisversteigerung einige einleitende Worte gesprochen hatte, befiel der Referent Dr. Alfred Wernitz in aus Berlin die Zeitlinie, um über die politische Lage zu referieren. In ausgereicherter Weise entwickelte sich der Referent sehr ausführlich. Er berührte die Gesellschaftspolitik des Reichstages, dem leider noch Unberücksichtigung von Arbeitern nachzulaufen. Die Reichsvertretungsreform wurde

einer scharfen Kritik unterzogen, ebenso die Schlägen des Militarismus, mit seinen Folgeschwierigkeiten für die Volkswirtschaft. Während England und Amerika Friedensvereinbarungen vorgeschlagen haben, spielt man in Deutschland fortgesetzt mit der Kriegslüge wegen eines Landes in Marokko. Diese Abenteuerpolitik wird unterstützt besonders auch von dem jetzigen Inhaber des Reichstagesmandats, Dr. Wendt, dessen volkstümliche Politik der Arbeiter noch im besonderen kennzeichnet. Unter lebhaftem Beifall schloß er seine Ausführungen, nachdem er noch eingehend den Gegen einer wirklichen Monopolpolitik behandelt hatte. In der Diskussion gefühlte Genosse Herrhäuser das Verhalten Dr. Wendts, der am selben Tage auch in Gerdorf seine reichstreuen Schächeln zusammengetrommelt hatte, um ihnen — natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit — einen Danks vorzunehmen. Wenn dieser Unternehmungskapitalist, so meinte der Redner, es nur ein einziges Mal wagen würde, in seinen Verhandlungen öffentliche Diskussion zuzulassen, würde ihm schon gezeigt werden, wie behaftet seine reaktionäre Politik im Volk ist. Nachdem Genosse Ehrlich auf die am 21. Mai in Oelde stattfindende Versammlung, in der Genosse Adolf Hoffmann zu sprechen wird, aufmerksam gemacht und der Arbeitervereinsverein die Parteiliche zu Gehör gebracht hatte, wurde die impotente verlaufene Versammlung mit einem brausenenden Schluß auf die vorwärtsstrebende Mannfelder Arbeiterbewegung geschlossen.

Striden. Die alte Geschichte. Der Sangerhäuser Zeitung entnehmen wir folgende Notiz:

Mit Rücksicht auf die in jüngster Zeit vielfach vorzunehmenden Schwindereien von Gehilfenstellen, denen meistens die Heineren Handwerker und Arbeiter als Opfer dienen, sei nachstehendes Fall mitgeteilt: Ein hier in der Stadt wohnender Arbeiter machte sich unter Begünstigung auf eine Annonce in einer Tageszeitung an ein auswärtiges Gehilfenamt und erbat von demselben ein kleineres Darlehen. Wie gewöhnlich war auch daselbst schleunigst mit dem Mittelfeld in Verbindung getreten. Im ersten Brief verlangte man eine geringere Sicherheit und die Zahlung einer nicht unbeträchtlichen Anzahlung. Die hohen Zinsen und sonstigen Lasten erwiesen sich anfangs dem Gehilfen selbstverständlich als hoch. Doch wollte er schließlich, nachdem er von dem fiktionalen Geschäftsführer überredet war, zu einem Vertragsabschluss ein. In dem Vertrag waren die nötigen Bestimmungen getroffen, was der Schuldner alles möglich zu tun habe: Verpfändung der Möbel, Polster usw. und die Besize der Mischanlagen. Der biedere Mann zahlte nun auch dem Geschäftsvorsteher die verordnete Provision aus und verzehrte schließlich auf das eingekaufte Geld; aber bis heute ist er nicht in der Welt gesehen worden. Nach längerer Zeit bekam er eine Vorladung zu einem Termin und mußte die trübe Erfahrung machen, daß gegen den Inhaber des Instituts das Strafverfahren wegen Betrugs eingeleitet sei.

Die Warnung, die das Blatt an die Notiz drückt, ist ja mehr als berechtigt; schon oft haben wir der Öffentlichkeit gezeigt, wie die unglückseligen Schwindler die Not des armen Mannes ausnützen, um sich zu bereichern. Das Blatt unterrichtet aber mit Wichtigkeit die Tatsache, daß die Schuld in erster Linie den Inkassopapieren vom Schlage der Sangerhäuser Zeitung auszuzeichnen ist. Würden die Kapitalisten, die die Schwindelgeschichten zurückweisen, so mancher Unglückliche schriebe seine letzten Gedanken.

Erzurt. Die Wassererkrankungen nach ausweichendem Preßstoff, von denen wir vor einigen Tagen berichteten, haben hier den Ausbruch gefunden. Das bakteriologische Institut der Universität in Halle hat in Proben, die bei Erkrankten entnommen wurden, festgestellt, daß Fleischergift vorliegt. Nunmehr wird der Staatsanwalt einschreiten.

(Fortsetzung des provinzialen Teiles in der 1. Beilage.)

Salem Aleikum CIGARETTE FABRIK
RIGSCHWIG
Neu! Salem Gold
Goldatundstücke Cigaretten
Alwas für Sie
Spezialmarke: Salem Aleikum
Erhältlich in den Cigarrengeschäften wo dieses Plakat sichtbar ist!

Palmato Pflanzen-Butter
Margarine ist aus garantiert reinen und feinsten Pflanzenfetten hergestellt, vorzüglich haltbar, leicht verdaulich, nahrhaft und bekömmlich. In Geschmack, Aroma und Aussehen bester Naturbutter
gleich! Nur echt in Packungen mit dem Elefanten. Um Verwechselungen zu vermeiden achte man genau auf Packung, Marke und nachstehende Firma:
AL-Möhp. G.m.b.H. Altona-Bahrenfeld.

Jeden Mittwoch: Schlachtest. Maria Döbber, Zwickstraße 2.	Jeden Mittwoch: Schlachtest. Wittmannstraße, Zwickstraße Nr. 2.	Jeden Mittwoch: Schlachte - Fest. F. Kluge, Besenm. 1.	Jeden Mittwoch: Schlachtest. Otto Becker, Weißh. 10.
---	---	--	--

Alle die Inserate verantwortlich: Rob. Jäger. — Druck der Galleh. Genossenschafts-Verlag. (G. m. b. H.). — Verleger: Hermann K. Groß, jetzt A. Jäger. — Druck: I. Halle a. S.